



PROTOKOLL

DER 7. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2024, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort

Donnerstag, 12. Dezember 2024
in der Aula Kirchacker, Neuhausen am Rheinfall

19:00 – 21:30

Präsenz

20 Einwohnerräte (ER): Fabian Bolli (GLP), Urim Dakaj (SP), Peter Fischli (FDP), Dr. Urs Hinnen (Grüne), Herbert Hirsiger (SVP), Arnold Isliker (SVP), Sara Jucker (SVP), Bernhard Koller (EDU), Thomas Leuzinger (SP), Daniel Meyer (SP), Roland Müller (Grüne), Randy Ruh (GLP), René Sauzet (FDP), Dr. Ernst Schläpfer (parteilos), Adrian Schüpbach (parteilos), Urs Schüpbach (parteilos), Marco Torsello (FDP), Luka Vojinovic (Die Mitte), Dr. Jakob Walter (parteilos), Isabella Zellweger (SVP)

Gemeindepräsident (GP): Felix Tenger

Gemeinderäte (GR): Franziska Brenn, Christian Di Ronco, Ruedi Meier, Andreas Neuenschwander

Aktuarin: Barbara Zanetti

Vorsitz

Einwohnerratspräsident Randy Ruh

Entschuldigt

Barbara Pantli (Gemeindeschreiberin)

Protokoll

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 14. November 2024 wurde genehmigt und wird nun im Internet publiziert.

Mitteilungen**Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP):****Mitteilung aus dem Einwohnerratsbüro:**

Das Einwohnerratsbüro hat an seiner Sitzung vom vergangenen Montag Vorschläge für die Organisation der nächsten Legislatur ausgearbeitet und diese den Parteien zukommen lassen. An dieser Stelle möchte ich Sie daran erinnern, dass wir uns am nächsten Montag, dem 16. Dezember 2024 um 19:00 in der Aula der Rhyfallhalle für die Organisationssitzung treffen. Ich bitte Sie alle sich entsprechend vorzubereiten und möglichst bereits die entsprechenden Namen der zur Wahl stehenden Personen mitzubringen. Bei Fragen dürfen Sie gerne auf mich oder Ihre Vertretung im Einwohnerratsbüro zugehen.

Mitteilungen von mir:

Nun gehört es auch dazu, dass in einer neuen Legislatur unter Umständen neue Personen in die Räte nachkommen und bisherige eine Abschluss finden oder eine Pause erhalten. Auch wenn ich noch nicht so lange in der Politik bin und somit auch nicht allzu weit in die Vergangenheit blicken kann, möchte ich gerne ein paar Worte an die scheidenden Räte richten.

Aus dem Gemeinderat verabschieden wir heute nach 20 Jahren Gemeinderätin Franziska Brenn und nach 12 Jahren Gemeinderat Ruedi Meier. An dieser Stelle möchte ich mich für ihre langjährige Tätigkeit und ihr Wirken zum Wohle unserer Gemeinde bedanken.

2005 übernahm Franziska Brenn als Neugewählte Gemeinderätin das Sozialreferat. In den folgenden Jahren leitete sie mitunter die Bereiche Sozialhilfe, Asylwesen und die Verwaltungspolizei. Nicht zu vergessen, natürlich auch die herausfordernde Berufsbeistandschaft, welche unter Gemeinderätin Franziska Brenn mehrfach ausgebaut und auf die neuen Bedürfnisse reorganisiert und –strukturiert werden musste. Eine letzte Vorlage dazu wird uns an der heutigen Sitzung ebenfalls noch beschäftigen.

Dass ich Ruedi Meier heute als Gemeinderat verabschieden darf, hätte ich mir vor ein paar Jahren nicht ausmalen können. Da ich als Nachbar der Familie Meier aufgewachsen bin, kenne ich Ruedi bereits mehr oder weniger seit meinem ersten Tag – oder vielmehr er mich. 2013 übernahm Ruedi Meier als Neugewählter Gemeinderat das Bildungsreferat. Neben der Übernahme der TBN aus dem Baureferat prägte er mitunter das Neuhauser Schulmodell und konnte dieses mit der Version 2.0 erneut auf ein neues Level bringen. (Davon auszugehen, dass Sie im Rat den Antrag aus der entsprechenden Vorlage an einer der nächsten Sitzungen auch annehmen).

Auch aus dem Einwohnerrat verabschieden wir einige Personen. Nach 16 Jahren verabschieden wir Einwohnerrat Dr. Urs Hinnen.

Mit knapp 6 Jahren verabschieden wir Einwohnerrat Adrian Schüpbach. Mit 4 Jahren verabschieden wir Einwohnerrat René Sauzet.

Und zu guter Letzt muss ich das machen, was ich natürlich nicht unbedingt wollte, und verabschiede auch mich selbst nach 4 Jahren im Einwohnerrat.

Ich wünsche Ihnen allen alles Gute für die Zukunft, gute Gesundheit und viel Erfolg im nächsten Kapitel, das Sie erwarten wird. Auf ihrem Tisch finden Sie als kleines Abschiedsgeschenk einen Blumenstrauß.

Neueingänge seit der letzten Sitzung vom 14. November 2024

Keine Eingänge

Übrige beim Einwohnerrat liegende Geschäfte

Erheblich erklärte und noch nicht erledigte Motionen und Postulate

1. **Motion Nr. 2022.01 von Roland Müller (Grüne)** vom 21. Februar 2022 betreffend Definition von Grünflächen. An der ER-Sitzung vom 12. Mai 2022 erheblich erklärt, Fristenerstreckung bis 31. Dezember 2024.
2. **Postulat Nr. 2022.05 von Fabian Bolli (GLP)** vom 14. November 2022 mit dem Titel: Machbarkeit Ortsmuseum: Naturhistorische, industrielle und kulturelle Schätze Neuhausens zugänglich machen und in Wert setzen.
An der ER-Sitzung vom 2. März 2023 erheblich erklärt, Fristenstreckung bis 31. Dezember 2024.
3. **Motion Nr. 2024.1 von Ernst Schläpfer (parteilos) und Roland Müller (Grüne)** vom 5. März 2024 betreffend Stärkung der Volksrechte.
An der ER-Sitzung vom 16. Mai 2024 erheblich erklärt.



Pendente Kleine Anfragen

1. **Kleine Anfrage Nr. 2024.04 von Peter Fischli** vom 11. Juli 2024 mit dem Titel: "Schutz der Bevölkerung".
2. **Kleine Anfrage Nr. 2024.07 von Fabian Bolli** vom 6. September 2024 mit dem Titel «Zentrumslasten analysieren für eine sachliche und leistungsbasierte Diskussion bei der Revision des Finanzausgleichs.
3. **Kleine Anfrage Nr. 2024/08 von Randy Ruh** vom 30.10.2024 mit dem Titel: «Strukturierte Entwicklung der Sportanlagen.»

Der Einwohnerratspräsident Randy Ruh begrüsst die anwesenden Einwohnerräte, Gemeinderäte, den Zentralverwalter, die Medien und Gäste zur 6. Einwohnerratssitzung des Jahres 2024. Einladungen und Traktandenliste wurden rechtzeitig zugestellt. Somit ist die Einwohnerratssitzung eröffnet.

Traktandenliste

1. **Wahl von vier Mitgliedern der Verwaltungskommission für das Alterszentrum und die Spitex Neuhausen am Rheinfall Für die Amtsperiode 2025-2028.**
2. **Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Verwaltungskommission für das Alterszentrum und die Spitex Neuhausen am Rheinfall für die Amtsperiode 2025-2025.**
3. **Bericht und Antrag betreffend Konzept Berufsbeistandschaft - Anpassung an KOKES-Empfehlungen**
4. **Bericht und Antrag betreffend Pensenerhöhung Gemeindebibliothek**
5. **Bericht und Antrag betreffend Bereinigung (Fristerstreckung) Motionen und Postulaten - Motion Nr. 2022.01 von Roland Müller (Grüne) vom 21. Februar 2022 betreffend Definition von Grünflächen**
6. **Bericht und Antrag betreffend Bereinigung (Fristerstreckung) Motionen und Postulaten - Postulat Nr. 2022.05 von Fabian Bolli vom 14. November 2022 mit dem Titel: Machbarkeit Ortsmuseum: Naturhistorische, industrielle und kulturelle Schätze Neuhausens zugänglich machen und in Wert setzen.**
7. **Interpellation Nr. 2024.04 von Urs Hinnen und Roland Müller vom 9. September 2024 mit dem Titel «Abklärung des Zustandes der Natur in der Gemeinde Neuhausen und entsprechenden Schutz- und Fördermassnahmen»**
8. **Postulat Nr. 2024.02 von Fabian Bolli vom 16. September 2024 mit Titel «Beitritt zum Regionalen Naturpark auf zweite Betriebsphase prüfen»**

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Wünscht jemand das Wort zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

**TRAKTANDUM 1****Wahl von vier Mitgliedern der Verwaltungskommission für das Alterszentrum und die Spitex Neuhausen am Rheinfall für die Amtsperiode 2025-2028.**

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Sie haben die Lebensläufe der Kandidaten, welche zur Wahl stehen erhalten.

Zur Wahl stehen die bisherigen vier Mitglieder der Verwaltungskommission, Daniel Borer, Bruno Mannhart, Daniela Mauron und Peter Weber (bisher) sowie Einwohnerrat Dr. Ernst Schläpfer. Werden weitere Wahlvorschläge gemacht?

Das ist nicht der Fall.

Gibt es Wortmeldungen zu den Kandidierenden?

ER Daniel Meyer (SP)

Werter Präsident, wertete Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich teile Ihnen die Meinung der SP Fraktion mit, bezüglich der Wahl der Verwaltungskommission für das Alterszentrum und die Spitex Neuhausen am Rheinfall. Für uns steht klar fest, dass diese Kommission ein Bindeglied zwischen dem Altersheimen sowie der Spitex und der Politik darstellt. Daher ist es uns wichtig, dass Fachpersonen einsitzen aber auch ein guter Draht zum Einwohnerrat gehalten wird, so dass die Verbindung zum Volk nicht wegfällt und unpopuläre Entscheidungen gefällt werden. Wir stehen daher hinter den Kandidaturen von Herrn Weber, Spitex- und Heimexperte, hinter der Kandidatur von Frau Mauron als Vertreterin von Pflegenden, hinter der Kandidatur von Herrn Borer als Vertreter der Ärzteschaft und unsere Fraktion stützt auch die Wiederwahl des Präsidenten Cristian di Ronco. Beim fünften Sitz jedoch, ist die SP der klaren Auffassung, dass ein Vertreter der Legislative, sprich ein Einwohnerrat, gewählt werden sollte und wir empfehlen Ihnen daher einstimmig Ernst Schläpfer.

Er ist, wie sie wissen, politisch engagiert, erfahren in der Politik und als Führungspersönlichkeit, zudem ist er sehr gut in Neuhausen vernetzt und was man auch nicht vergessen darf durch sein fortgeschrittenes Alter mit dem Kreise der Betroffenen je länger, je näher vertraut. Wir sind also der Meinung, dass es hier an der Zeit ist einen Wechsel vorzunehmen und dass diese Verwaltungskommission zukünftig etwas näher an unserer Politik angebunden ist. Aus diesem Grund empfehlen wir Ihnen für den fünften Sitz Ernst Schläpfer zu wählen. Besten Dank.

ER Roland Müller (Grüne)

Geschätzter Präsident, liebe Anwesende

Wir von den Grünen unterstützen die Kandidatur von Daniel Borer, damit die medizinische Kompetenz und Daniela Mauron, damit die pflegerischen Aspekte in der Verwaltungskommission genügend berücksichtigt werden. Peter Weber bringt als ehemaliger Leiter eines Alterszentrums Know-how in der Heimleitung und Finanzkontrolle mit. Unseres Erachtens ist diese Fachkompetenz Finanzen und Management mit Bruno Mannhart doppelt besetzt. Durch die Auslagerung der Alterszentren und der Spitex in eine öffentlich-rechtliche Anstalt fehlt aber der direkte Einfluss des Einwohnerrates, der unseres Erachtens aber notwendig ist. Ernst Schläpfer füllt diese Lücke. Als ehemaliger Rektor ist er als Mitglied der Verwaltungskommission des Alterszentrums und der Spitex Neuhausen am Rheinfall bestens qualifiziert. Er verfügt über eine grosse Führungserfahrung und kennt die Finanzen als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und anderer Gremien bestens.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Gibt es weitere Voten? Die Voten haben sie erschöpft wir kommen zu Wahl.

Ich bitte die Stimmenzähler, die Wahlzettel auszuteilen.

Die Stimmzähler teilen die Wahlzettel aus und sammeln sie anschliessend wieder ein.

Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis bekannt: vgl. Wahlprotokoll

Stimmberechtigte		20
Ausgeteilte und eingegangene Wahlzettel		20
Maximalstimmen	4 x 20 =	80
Leere Stimmen		0
Ungültige Stimmen		0
Gültige Stimmen		80
Absolutes Mehr	80:8+1 =	11

Es haben Stimmen erhalten:

Dr. Daniel Borer	20	Stimmen
Bruno Mannhart	12	Stimmen
Daniela Mauron	19	Stimmen
Peter Weber	20	Stimmen
Dr. Ernst Schläpfer	9	Stimmen

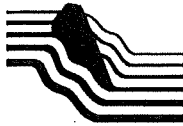
Es sind gewählt:

Dr. Daniel Borer
Bruno Mannhart
Daniela Mauron
Peter Weber

Ich gratuliere Ihnen herzlich zu Ihrer Wahl.

Dr. Ernst Schläpfer erhielt 9 Stimmen und wurde nicht gewählt.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 2

Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten der Verwaltungskommission für das Alterszentrum und die Spitex Neuhausen am Rheinfall für die Amtsperiode 2025-2028.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Zur Wahl für das Präsidium der Verwaltungskommission stellt sich Gemeinderat Christian Di Ronco zur Verfügung. Werden weitere Wahlvorschläge gemacht?

Gibt es Wortmeldungen zum Kandidaten?

Das ist nicht der Fall.

Somit können wir die Wahl von Christian di Ronco gemäss Artikel 29 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung ohne Wahlgang durchführen.

Gemeinderat Christian Di Ronco ist somit gewählt.

Ich gratuliere dir herzlich deiner Wahl und frage Dich hiermit, ob Du die Wahl annehmen möchtest.

GR Christian di Ronco (die Mitte)

Ja ich nehme die Wahl an. Ich möchte gleichzeitig noch dem Einwohnerrat für das Vertrauen danken, welches sie mir entgegengebracht haben, aber auch der Verwaltungskommission. Diese sind nun 6 Jahre im Amt und machen einen guten Job. Sie liefern seit Jahren gute Zahlen und es herrscht eine gute Stimmung im Betrieb, alle Stellen sind besetzt. Zur SP möchte ich sagen: der Draht ist nicht, nicht da. Wir haben die GPK, welche uns einmal im Jahr besucht, dabei geben wir auf die gestellten Fragen Auskunft. Schlussendlich hat der Einwohnerrat die Oberaufsicht zur Abnahme der Rechnung. Auch für sonstige Fragen aus dem Einwohnerrat stehen wir jederzeit zur Verfügung. Besten Dank.

Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 3

Bericht und Antrag betreffend Konzept Berufsbeistandschaft - Anpassung an KOKES-Empfehlungen

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst der Gemeinderätin Franziska Brenn.

GR Franziska Brenn (SP)

Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Räte, liebe Anwesende

Das heutige Konzept Berufsbeistandschaft basiert seit 2013 auf dem Neuen Kinder und Erwachsenenschutzrecht nach ZGB. Neuhausen am Rheinflall verfügte vorher bereits über eine Abteilung, welcher der gemeindeeigenen Vormundschaftsbehörde unterstellt war. Die Dienstwege waren kürzer und das ganze Prozedere einfacher. Aufgrund der Neuorganisation 2013 sind die Klettgauer Gemeinden Buchberg und Rüdlingen dazu gestossen. Die Gemeinde Neuhausen am Rheinflall deckt demnach einen grossen Teil des Kantons ab. Die Vormundschaftsbehörde wurde von der kantonalen KESP abgelöst.

Da nicht vorhersehbar war, wie sich die Menge des Klientel entwickeln wird, wurde bei der kantonalen KESP und bei der gemeindeeigenen Berufsbeistandschaft mit wenig Personal begonnen, in der Meinung, dass bei Bedarf an Personal aufgestockt werden kann. Der politische Prozess der Pensenerweiterung ist jedoch eine hohe Hürde, die dringend einer Revision bedarf. Bei der kantonalen KESP wird seit einigen Jahren im Budgetprozess, gemessen an den Fallzahlen, das Personal angepasst. Das sollte neu auch bei der Berufsbeistandschaft Neuhausen am Rheinflall möglich sein, analog der Schulklassengrössen, bei der Spitex oder beim Pflegepersonal.

Entgegen einiger Stimmen aus dem Einwohnerrat muss ich betonen, dass eine Anpassung stets in Zusammenhang mit dem Stellenplan und dem Budget vom Einwohnerrat genehmigt werden muss. Es ist also kein Automatismus.

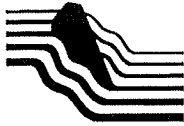
Wichtig ist auch die Übernahme der Kokes Empfehlungen beim Schlüssel der Fallbelastung. Das Berechnungssystem wird zudem neu vereinfacht. Die Fallführung hingegen wird stets anspruchsvoller. Ein Beispiel: mit dem neuen Datenschutzgesetz sind die Wege hin zu wichtigen Informationen länger und komplexer. Bis die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen vergeht wertvolle Zeit. Rechtsfälle verzögern die notwendige Arbeit und die Komplexität der Fälle nimmt zu. Eine einzige Kinderschutzmassnahme kann in einem Jahr 5 Platzierungen bedeuten. Momentan ist es immer noch so, dass die Pensen eng an der maximalen Fallbelastung gerechnet sind, somit sind Ferien oder Krankheitsausfälle stets eine zusätzliche Belastung für das gesamte Team. Sie müssen durch kostenintensive Springer ersetzt werden. Ein weiterer Fakt ist, dass für die Leitung mehr Stellenprozente eingeplant werden müssen. Die Leitung wurde mit der Aufteilung in 2 getrennte Fachbereiche, in Erwachsenenschutz und Kinderschutz, anspruchsvoller. Dazu kommen stets neue gesetzliche Vorgaben, die in der Mandatsführung eingehalten werden müssen. Die Leitung ist wichtige Ansprechperson gegenüber der KESP der Anschlussgemeinden und dem Gemeinderat. Das Team ist insgesamt auf 18 Personen angewachsen, welche insgesamt ungefähr 400 Fälle führen. Ich bitte Sie dem Antrag der jährlichen Anpassung doch Pensen gemäss den Kokes Empfehlungen zuzustimmen. Vielen Dank.

ER Peter Fischli (FDP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzter Gemeinderat, liebe Versammlung und Gäste

Die Berufsbeistandschaft ist ein Dauerbrenner. «Alle Jahre wieder!» Könnte man sagen, aber weihnachtliches Frohlocken ist aufgrund der Materie wohl fehl am Platz.

Nun was wird uns hier präsentiert:



Ein Automatismus - eigentlich etwas Negatives. Denn die Tatsache, dass ein Zustand erreicht wird, dieser ungefragt und zwangsläufig Folgen hat, schränkt uns ein. Dafür Schreiben wir etwas lehrerhaft, Sorry Marco und Ernst, ein Minus ins Zensurenheft.

Mildernde Umstände gibt es für den Umstand, dass der Automatismus zwar läuft, das Resultat aber mit der Budgetberatung im Stellenplan jährlich dem Einwohnerrat zum Entscheid vorgelegt wird.

Im Zensurenheft können wird das grosse Minus von vorher etwas kleiner machen. Ein Minus bleibt es aber dennoch.

Nun lukrativ ist das Tätigkeitsfeld der Berufsbeistandschaft für keine Gemeinde - im Gegenteil. Leider wächst dieser Bereich unserer Gesellschaft stetig.

Die Fraktion der FDP begrüsst Vorstösse, welche eine mittel- bis längerfristige Konzentration dieser Aktivitäten und Kompetenzen am gleichen Ort unter einer Zuständigkeit vorsehen. Wir Freisinnigen treten auf das Geschäft ein.

ER Sarah Jucker (SVP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP/EDU Fraktion hat den Bericht und Antrag diskutiert. Wir werden dazu noch einen Antrag stelle.

Dem Bericht 2022 war zu entnehmen, dass der Rechtsbeistand sehr aufwendig und selten zeitnah erledigt werden konnte, was zu erhöhtem Mehraufwand geführt hat. Erfreulicherweise ist weder im Bericht 2023 noch im Bericht 2024 nochmals etwas dazu zu lesen. Daher gehen wir davon aus, dass dieses Thema erledigt ist.

Die Aufteilung auf Kinder- und Erwachsenenbeistand sollte die Lösung sein und wurde auch als erfolgreich dargestellt. Erneut wird auf die Strukturen hingewiesen, welche jedoch nach dem Bericht vom 2023 eigentlich gelöst wurden. Zudem kam uns zu Ohren, dass die Monate von April bis und mit Juli 2024 das Büro jeweils wöchentlich an einem Tag geschlossen war. Dies wurde im Bericht und Antrag nicht erwähnt, ausser ich hätte es überlesen.

Weiter möchte ich hier nicht darauf eingehen. Ich denke, dass zu einem späteren Zeitpunkt ein erneuter Zwischenbericht erstellt werden sollte, wenn sich die neue Sozialreferentin eingearbeitet hat und erste Ergebnisse vorliegen, wie sich die Struktur konkret geändert hat. Und erst danach sollten wir über eventuelle jährliche Pensen Anpassungen sprechen. Die SVP/EDU Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates daher insofern, falls ja wie folgt angepasst wird.

Antrag:

Den Pensen der Berufsbeistandschaft wird entsprechend dem Stellenplan 2025 zugestimmt.

Wird dem Antrag nicht zugestimmt wird ein Teil, eventuell die ganze Fraktion, dem Antrag des Gemeinderates nicht zustimmen.

ER Dr. Urs Hinnen

Wir von den Grünen sind uns einig es geht um den Schutz hilfsbedürftiger Erwachsener und Kinder. Dabei handelt es sich zweifellos um eine anspruchsvolle Tätigkeit, die eine hohe Fachkompetenz verlangt. Dies betrifft insbesondere die Leitung der Berufsbeistandschaft.

Es wurde ja in der Vergangenheit immer wieder ersichtlich, dass es schwierig ist, genügend geeignetes Personal zu finden. Auch auf das wiederholte Erreichen oder sogar Überschreiten der Belastungsgrenze des verantwortlichen Fachpersonals wurde immer wieder hingewiesen. So gesehen ist von Vorteil, dass man sich nun auf geeignete Empfehlungen der Konferenz für Kinder- und Erwachsenenschutz abstützen kann. So wie es aussieht sind diese mittlerweile schweizweit anerkannt und es ist anscheinend so, dass in nächster Zeit sämtliche Regionen der Schweiz zum Mitmachen anvisiert werden.

Es macht also Sinn, dass auch die Berufsbeistandschaft Neuhausen diese als Grundlage für Ihre Berechnungen anwendet.

Demzufolge sind wir für Eintreten und werden dem Antrag für zusätzliche Pensen zustimmen.

ER Luka Vojinovic (die Mitte)

Sehr geehrter Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Anwesende

Es ist eine besorgniserregende Entwicklung, welche sich hier zeigt: steigende Fallzahlen und zunehmende Komplexität der Fälle, welche durch die Berufsbeistandschaft bearbeitet werden müssen. Diese Entwicklungen fordern nicht nur die betroffenen Mitarbeiter sondern auch die Ressourcen der Gemeinde. Wir von der GLP/die Mitte Fraktion haben den Bericht umfassend diskutiert. Gestützt auf die Ausführungen im Bericht sehen wir die Notwendigkeit die nötigen Mittel bereitzustellen, um die Arbeit der Berufsbeistandschaft gemäss Kokes-Empfehlungen gestalten zu können. Die Gemeinde hat als Arbeitgeberin eine Fürsorgepflicht, die meiner Meinung nach ernst genommen werden muss, es ist aber unsere Aufgabe sowohl die betroffenen Bürgerinnen und Bürger als auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich zu unterstützen und deshalb diesem Antrag zuzustimmen. Besten Dank.

ER Dr. Jakob Walter (SP)

Meine Damen und Herren

Der Bericht hat mich natürlicherweise überhaupt nicht glücklich gemacht. Man liest darin, dass es klemmt und knorzt und die Fallzahlen nach oben gehen. Man muss dazu sagen, dass die Berufsbeistand ihre Kundschaft nicht akquiriert, sondern sie bekommt sie einfach von der KESP zugeteilt und muss dann die Suppe auslöffeln. Jetzt ist es natürlich eine Erleichterung, da wir alle zusammen keinen Eindruck haben, aus was die Arbeit besteht und wie effizient die Arbeit gemacht wird, dass es hier ein Gremium gibt, welches hier Ahnung hat und uns sagen kann wie viele Stellen es für wie viele Fälle braucht.

Jetzt ist es natürlich klar, dass wenn wir so ein Stück der Verantwortung an die Kokes abgeben können, dies eine Erleichterung für uns ist, aber, es ist auch klar, dass wir somit einen direkten Einfluss abgeben. Das heisst wir verzichten auch darauf halbjährlich wegen ein paar Stellenprozent uns zu streiten. Von dem her: glücklich macht es uns nicht aber wir werden ihm gross mehrheitlich zustimmen.

Vielleicht noch 2-3 Worte zur SVP: es ist übrigens lustig, dass in Bern die gleiche SVP der Schweizer Armee eine halbe Milliarde nachwerfen will, obwohl keinem klar ist, was mit diesem Geld eigentlich gekauft werden soll, und hier bei einem ausgewiesenen Bedarf will man klemmen, wobei es hier um Menschen geht, welche unter uns leben.

ER Herbert Hirsiger (SVP)

Geschätzter Präsident, geschätzter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen

Jakob, wir haben nicht über die Anzahl Personal gestritten. Wir haben ganz klipp und klar gesagt, dass wir der Zahl, welche im Stellenplan empfohlen worden ist, zustimmen werden. Das Einzige, was wir mit reingenommen haben, ist, dass wir keine automatische Aufstockung nach Kokes Empfehlung möchten, sondern dass wir falls es eine Aufstockung braucht darüber diskutieren können. Aber wir sind absolut nicht über die jetzige Aufstockung. Für uns gibt der Gemeinderat mit seinen Stellenplan vor wie die Aufstockung aussehen soll und nicht jemand anderes.

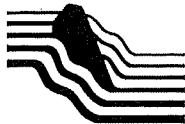
Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.

Wünscht Gemeinderätin Franziska Brenn das Wort zum Eintreten der Fraktionen?

GR Franziska Brenn

Ich bedanke mich für die vorwiegend positive Annahme des Bericht und Antrages. Es gibt natürlich schon noch einiges zu bemerken, das Wichtigste vorneweg zur SVP, bezüglich dem ge-



geschlossenen Büro. Die Büros sind nicht geschlossen, sondern sie sind lediglich für die Kundschaft geschlossen. Die Beiständinnen und Beistände sind jedoch am Arbeiten. Sie brauchen einen Tag, damit sie sich der administrativen Arbeit widmen können, ohne dass sie andauernd unterbrochen werden. 60 Fälle auf 100% bedeutet nicht nur 60 Personen sondern auch das ganze System rundherum. Das sind sehr viele Anfragen, welche immer wieder gestellt werden. Die Mitarbeiter machen aber auch in dieser Zeit Termine ab und erledigen Telefonate, sie sind einfach nicht jeden Tag die ganze Woche durch erreichbar. Wir mussten dies aus Organisationsgründen so entscheiden und einführen. Es hat sich auch sehr gut bewährt. Diese Entscheidung hat aber nichts mit den Kokes Richtlinien zu tun.

Ich bin froh, dass auch die SVP einsieht, dass wir momentan die Kokes Empfehlung einhalten müssen. Diese sind auch ein Standard, welcher momentan überall gilt, so auch bei der Berufsbeistandschaft der Stadt Schaffhausen oder Andelfingen, so wie im Kanton Thurgau und bei fast allen umliegenden Berufsbeistandschaften. Diese sind wichtig, damit wir auf dem Arbeitsmarkt attraktiv bleiben.

Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dass es kein Automatismus ist. Es ist wichtig, dass es eine Sicherheit für die Berufsbeistandschaft bedeutet. Dadurch wissen sie, dass bei einer steigenden Fallzahl nicht erst im Nachhinein reagiert werden muss sondern die Pensen je nach Fallzahlen angepasst werden können. Die steigende Fallzahl, die ist Fakt die können wir nicht beeinflussen, wir sind verpflichtet diese Fälle, und somit die Klientinnen und Klienten, von der KESP anzunehmen und mit unserer ganzen Professionalität zu bearbeiten. Ich bitte Sie wirklich dem Antrag so wie er steht zuzustimmen.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

Seite 5

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Ich habe jetzt ein durcheinander. Auf Seite 5 ist die Rede von 1,8 Stellen, wir haben im Stellenplan allerdings 2,8 Stellen bewilligt. Gilt nun 1.8 oder 2.8%, gilt jetzt der Automatismus oder gilt er nicht.

Ich stelle Ihnen den folgenden Gegenantrag zum Antrag des Gemeinderates:

Der Anpassung der Pensen Berufsbeistandschaft an die KOKES – Empfehlungen um 1.8 Stellen zu Lasten des Stellenplans 2025 wird zugestimmt.

Ich habe eine kleine Vorbemerkung: Ich weiss, ich mache mir in meiner Fraktion mit diesem Antrag keine Freunde, aber a) bin ich parteilos und b) vertrete ich die klare Meinung, dass Sachpolitik auf der Gemeindeebene immer vor Parteipolitik stehen muss.

Ich begründe Ihnen meinen Antrag wie folgt: In der Berufsbeistandschaft kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Schwierigkeiten. Zu viel Arbeit, grössere Fluktuationen und nicht besetzte Stellen führten immer wieder zur Überlastung von einzelnen Mitarbeitenden. Dieser Rat hat schon mehrmals über dieses Problem diskutiert und war sich nicht immer einig über die Ursachen. Nun erfolgt auf den 1. Januar 2025 ein Führungswechsel im Gemeinderat. Ich finde es richtig, dass die neu zuständige Gemeinderätin vorerst einmal Zeit hat, sich einzuarbeiten. Es macht deshalb wohl Sinn, wenn wir die momentan beantragten 1.8 Stellen einmal bewilligen und schauen, was das insgesamt bewirkt.

Für mich ist es aber ein No-Go, wenn wir diese Anpassung automatisch an den Gemeinderat übertragen. Die Kompetenz Stellen zu bewilligen, liegt im Grundsatz beim Einwohnerrat. Der Gemeinderat hat im kleinen Rahmen ebenfalls die Möglichkeit Stellenpensen zu bewilligen. Ich bitte Sie dringend, diesen Grundsatz beizubehalten. Der Gemeinderat kann damit auch in Zukunft kleinere Anpassungen vornehmen, muss aber grössere weiterhin im Einwohnerrat bewilligen lassen, halt eben wie mit dieser Vorlage. Als Vergleich zieht der Gemeinderat das Vorgehen in der Schule heran, da werde auch kein Stellenantrag gestellt, wenn zusätzliche Klassen nötig sind. Das ist richtig, hat aber natürlich eine ganz andere weitere Dimension. Wenn in der



Schule aus irgendeinem Grund mit weniger Klassen oder eine Klassezusammenlegung geplant wird, stehen automatisch weniger Stellenprozente zur Verfügung. Dies ist zudem längerfristig planbar, so dass die Lehrpersonen rechtzeitig reagieren können und so eigentlich nie Lehrpersonen entlassen werden müssen. Bei der Berufsbeistandschaft ist es aber wohl kaum zumutbar, dass wir die Stellenpensen auch automatisch nach unten anpassen, so ganz nach dem Motto: Wir haben weniger Fälle, also kürzen wir irgendwem das Pensum. Sorry, wenn das irgendwo in der Verwaltung passiert, dann fresse ich einen Besen mit dem Stiel.

Die automatische Anpassung von Pensen an irgendwelche noch so korrekte Zahlen ist deshalb das Öffnen der Büchse der Pandora. Wir müssen uns nicht wundern, wenn nächstes Jahr ein Antrag kommt, die Pensen auf der Einwohnerkontrolle seien an die Einwohnerzahl, die Pensen auf dem Bauamt an die Anzahl der Baugesuche oder die Pensen für die Abfallentsorgung an die Anzahl Abfallsäcke anzupassen. Die Anzahl Stellen in der Verwaltung gehen nämlich nicht deshalb nur in die Richtung «mehr», weil sie nicht im Moment des Antrages nicht tatsächlich gebraucht werden, sondern deshalb, weil sie nicht mehr aufgehoben werden, wenn die Arbeitslast eigentlich weniger wäre. Persönlich habe ich ja lange in der Verwaltung gearbeitet, aber ich habe in mehr als dreissig Jahren noch nie eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter der Verwaltung erlebt, die oder der gesagt hätte, ich habe eigentlich weniger Arbeit als es mein Pensum benötigen würde.

Ich bitte sie deshalb, die beantragten 1.8 Stellen zu bewilligen, aber die automatische jährliche Anpassung abzulehnen. Es würde mich freuen, wenn sie meinem Gegenantrag zustimmen könnten.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Besten Dank. Nur kurz zum Verständnis, dies ist inhaltlich derselbe Antrag, welcher von der SVP gestellt wurde.

ER DR. Ernst Schläpfer (Parteilos)

Nein, die SVP hat 2.8%

GR-Präsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Ich möchte einfach kurz 2 Sachen präzisieren bezüglich dem, was Ernst Schläpfer gesagt hat. Erstens hat er gefragt, ob die 1.8% oder 2.8% gelten: wenn sie sich an die Budgetdebatte erinnern mögen, ist genau dieselbe Frage von Herbert Hirsiger gestellt worden, und ich habe diese dazumal schon relativ klar beantwortet: „Das, was sie im Stellenplan bewilligen, ist nur voraussichtlich, da der Bericht und Antrag erst folgt. Relevant ist daher nur der Bericht und Antrag.“ Der Bericht und Antrag, welcher gefolgt ist, liegt ihnen nun vor, in diesen werden 1.8% beantragt. Sollten Sie diesen Bericht und Antrag genehmigen, werden die 1.8% im Stellenplan in Kraft treten.

Bezüglich der Aussage, dass der Gemeinderat irgendwelche Stellen am Einwohnerrat vorbeigenehmigt, das ist definitiv nicht so. Die Stellen werden jeweils im Stellenplan integriert und aufgezeigt, und selbstverständlich genehmigt der Einwohnerrat den Stellenplan. Der Gemeinderat hat gewisse Kompetenzen, aber sobald es um mehr Stellen geht, müssen diese durch den Einwohnerrat genehmigt werden, und dies werden wir auch zukünftig so machen. Bis dato braucht es für jede Stellenplanerhöhung, welche vom Einwohnerrat genehmigt werden muss, einen Bericht und Antrag. Mit diesem Antrag, welchen wir Ihnen heute vorlegen, werden die Stellen für die Berufsbeistandschaft lediglich über den Stellenplan genehmigt. Die Fallzahlen werden auch in den nächsten Jahren immer steigen, dies wurde uns auch von der KESP so bestätigt, wenn sie für jede Stellenerhöhung einen Bericht und Antrag unsererseits möchten dann werden wir dies so vorlegen, aber es wäre viel einfacher wenn man die Stellen im Stellenplan integriert und dieser dann vom Einwohnerrat genehmigt werden. Der Automatismus bezieht



sich auf die Integration der Stellen im Stellenplan, über welchen ihr selbstverständlich anschliessend befindet. Die Kompetenz liegt nach wie vor beim Einwohnerrat. Daran wird sicherlich nichts geändert, das haben wir nicht vor und hatten wir nie vor.

ER Arnold Isliker (SVP)

Ich beantrage 5 Minuten Pause, da sich die Sachlage geändert hat.

Die Sitzung wird um 20:00 wieder aufgenommen.

ER Sarah Jucker (SVP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Wir haben die Pause genutzt, um die Sachlage nochmals zu diskutieren. Offensichtlich war bei uns in der Fraktion nicht alles ganz klar. Wir wissen jetzt, dass es um die 1.8% geht und möchten unseren Antrag zurückziehen. Unsere Absicht war, dass das Ganze nicht automatisiert wird.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Die SVP zieht ihren Antrag zurück. Gibt es weitere Wortmeldungen.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

In diesem Fall möchte ich nochmals nachfragen: wenn es klar ist, dass es während des Jahres keine Aufstockung gibt, dann kann ich meinen Antrag auch zurückziehen.

Aber ich möchte darauf hinweisen, sollte es eine Flüchtlingswelle geben und dadurch viel mehr Arbeit auf euch zukommen, dann müsst ihr trotz allem einen Bericht und Antrag schreiben. Ich weiss nicht ob es klug ist einen solchen Antrag seitens Gemeinderat zu stellen. Ich ziehe meinen Antrag auch zurück, wenn ihr mir verspricht, dass es unter dem Jahr keine Aufstockung geben wird. Ich finde es nach wie vor keine gute Idee, Stellenanträge an irgendwelche Kennzahlen zu binden.

GR-Präsident Felix Tenger (FDP)

Ich kann es zum 3. Mal so bestätigen: diese Stellen müssen durch euch mit dem Stellenplan genehmigt werden, sobald es mehr sind als welche in der Kompetenz des Gemeinderates stehen. Der Gemeinderat kann 0.3 Stellen, insgesamt 1 Stelle während des Jahres, schaffen. Sollte es zu einer Flüchtlingswelle kommen, werden wir einen Bericht und Antrag an den Einwohnerrat stellen. Ich hoffe aber, dass keine Flüchtlingswelle kommt und dass wir mit den Stellen wie wir sie hier beantragt haben, entsprechend auch durchkommen werden. Ich bestätige dies also gern auch zu Händen des Protokolls.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Ernst Schläpfer hat somit seinen Antrag ebenfalls zurückgezogen.

Wünscht jemand das Wort zu den Beilagen. Das ist nicht der Fall. Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag auf Seite 5 der Vorlage.

Dieser lautet wie folgt:

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet Ihnen der Gemeinderat folgenden Antrag:

Der jährlichen Anpassung der Pensen Berufsbeistandschaft an die KOKES-Empfehlungen (Konferenz Kindes- und Erwachsenenschutz), dies jeweils zusammen mit dem Stellenplan, wird zugestimmt.



Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.
Wer sich enthalten möchte, hebe bitte die Hand.

Sie haben dem Antrag mit 18 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltung, zugestimmt.

GR Franziska Brenn (SP)

Ich möchte mich hiermit ganz herzlich beim Einwohnerrat bedanken. Ich denke das ist ein ganz wichtiges Zeichen auch für unsere Berufsbeistandschaft, dass der Antrag mit einer so hohen Zustimmung angenommen wurde. Vielen Dank.

Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 4

Bericht und Antrag betreffend Pensenerhöhung Gemeindebibliothek

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst der Gemeinderat Andreas Neuenschwander.

GR Andreas Neuenschwander (SVP)

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Die Neuhauser Gemeindebibliothek ist ein Erfolgsmodell! Neben den praktischen Öffnungszeiten für die Bevölkerung, wochentags bis 19 Uhr und samstags 10 bis 13 Uhr, erfüllt sie den Zweck der offiziellen Bibliothek für die Neuhauser Schulen.

Seit anfangs 2024 steht die Bibliothek nun unter neuer Leitung und entwickelt sich grossartig. Dank engem Kontakt mit den Schulleitungen ist es der Bibliotheksleiterin gelungen, die Anzahl Klassenbesuche deutlich zu steigern. Sehr erfreulich ist auch, dass auch die ersten Kindergartenklassen regelmässig die Bibliothek besuchen. Im Frühling 2024 haben die Bibliotheksleiterin und der Kulturreferent die Zukunftsplanung an die Hand genommen und bald war klar, dass wir langsam an die Kapazitätsgrenzen kommen. Als erster Schritt wurde bestimmt, dass die Arbeitspensen um 70 % erhöht werden sollen. Mit Beschluss vom 30. Juli 2024 hat der Gemeinderat eine Aufstockung von 20 % bewilligt, weitere 50 % wurden im Stellenplan 2025 eingestellt. Diese 50 % sollen nun mit dem vorliegenden Bericht und Antrag durch den Rat bewilligt werden. Damit erhält die Leiterin Gemeindebibliothek die Möglichkeit, Arbeitseinsätze und Ferienvertretungen besser zu gestalten und vermehrt öffentliche Anlässe durchzuführen. Ebenso kann der bisher geschlossene Montag für zusätzliche Klassenbesuche angeboten werden.

Ich freue mich auf Ihre Voten und bitte den Rat um Zustimmung zu diesem Bericht und Antrag. Besten Dank.

ER Thomas Leuzinger (SP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Anwesende

Gerne teile ich Ihnen die Position unserer Fraktion mit.

Die Gemeinde Neuhausen hat eine gut geführte und attraktive Bibliothek, was offensichtlich bei der Bevölkerung sehr gut ankommt. Vom Primarschulkind bis zum über 90ig jährigen Rentner. Es ist in den knappen Räumlichkeiten und bei der Grösse der Gemeinde Neuhausen nicht selbstverständlich ein derart engagiertes Team zu haben, welche die Bibliothek nicht nur einfach verwaltet sondern ein attraktives Angebot bereitstellt und stetig weiterentwickelt. Wir haben also ein grosses Bedürfnis, insbesondere bei den Primarschülerinnen und Schülern, die nicht nur mit der Schulklasse sondern auch nach der Schule täglich die Bibliothek füllen. Wir haben motivierte Mitarbeitende, welche täglich zeigen, dass sie einen echten Mehrwert für Neuhausen schaffen können. Die Voraussetzungen stimmen und auch der Bedarf, wie wir aus dem Bericht und Antrag klar entnehmen können, vorhanden, weshalb unsere Fraktion die Anpassung der Pensen auf jeden Fall begrüsst.

In unserer Fraktion gaben einzig die Frequenz zu reden, mit der wir in der letzten Zeit über Pensenerhöhung abgestimmt haben. Hier wünschen wir uns eine Planung, welche etwas länger Gültigkeit hat. Wir bewegen uns bei den Pensen und der Grösse der Bibliothek immer noch weit unter dem Niveau, welches der Dachverband der Schweizer Bibliotheken empfiehlt. Es könnte durchaus auch einmal ein etwas grösseren Sprung vertragen z.B. dann wenn darum geht die Vorbereitungen für den angedachten Umzug in grössere Räume an die Hand zu nehmen. Der Schritt zu einer grösseren Bibliothek ist aus unserer Sicht schon jetzt unbestritten, heute reicht der Platz nicht aus und diese Situation wird sich noch zuspitzen, wenn in den nächsten Jahren nochmals zahlreiche Schülerinnen und Schüler dazukommen, wie das die Gemeinde zurzeit erwartet. Als störend empfunden wurde in unser Fraktion zudem der Umstand, dass der Bericht

und Antrag nicht bereits vor der letzten Sitzung eingereicht wurde. Die beiden Kritikpunkte schmälern aber nicht unseren Rückhalt für die Pensenerhöhung. Die Neuhauser Bibliothek ist ein grosser Mehrwert der von der Bevölkerung geschätzt wird. Dass Schulbesuche nicht durchgeführt werden können weil das Personal fehlt wäre mehr als schade. Die SP Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates deshalb zustimmen.

ER Marco Torsello (FDP)

Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich erlebe es leider täglich wie stark die Lese- und Schreibkompetenzen der Kinder und Jugendlichen in den letzten Jahren abgenommen haben. Einerseits bestätigt sich meine Kritik an der pädagogischen Grundhaltung, die ich selbst in meiner Ausbildung zur Lehrperson erfahren habe. Namhafte Professoren haben gepredigt, dass man weg soll vom Rotstift und Diktate wurden verteufelt. Andererseits hat wahrscheinlich auch die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft dazu beigetragen.

Der Mensch ist und bleibt anatomisch ein analoges Wesen und verbraucht deshalb auch analoge Instrumente und Werkzeuge.

Umso erfreuter bin ich über die Entwicklungen des Gemeindebibliotheksangebotes. Offensichtlich steigt die Nachfrage durch Besuche von Neuhauser Schulklassen stark an und Bücher werden wieder neuentdeckt. Gestützt auf diese Ausführungen wird die FDP Fraktion den Anträgen des Gemeinderates und somit der Pensenerhöhung zustimmen.

ER Roland Müller (Grüne)

Liebe Anwesende

Wir von den Grünen unterstützen den Bericht und Antrag, Pensenerhöhung in der Gemeindebibliothek und werden ihm zustimmen. Die Sprache ist ein wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Für Neuhausen mit seinem hohen Anteil an SUS mit Migrationshintergrund und teilweise schlechten Deutschkenntnissen ist eine gut ausgestattete Bibliothek unabdingbar.

Lesen und Bibliotheken mit entsprechender kompetenter Beratung sind für die Generation Social Media auch für Kinder mit Deutsch als Muttersprache wichtig, weil sie die Konzentration fördern, Zugang zu verlässlichen Informationen bieten und die Sprach- und Lesekompetenz verbessern.

Wichtig ist, dass nach der Zentralisierung, d.h. der Auflösung der Schulbibliotheken, die Bibliothek auch für die erwachsenen Neuhauserinnen und Neuhauser gut beworben wird. Frei nach dem Motto wer gut lesen kann, ist im Vorteil. Wir möchten hier noch einmal deponieren wenn ich schon an der Budgetsitzung sagte hätten wir es begrüsst wenn die Vorlage an der letzten Sitzung besprochen worden wäre. Wir werden dem Antrag des Gemeinderates zu stimmen.

ER Sarah Jucker (SVP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Es ist sehr erfreulich, dass die Gemeindebibliothek so rege besucht wird und die Besucherzahlen stetig steigen. Dies nicht zuletzt dank des grossen Einsatzes der Bibliotheksleiterin sowie des ganzen Teams. Dieser Einsatz hat sich gelohnt wenn wir im Bericht und Antrag die erfreulichen Zahlen, also Anstieg Schulklassen Januar bis Mai 2024 von sage und schreibe 45%, lesen. Sogar Kindergartenklassen nutzen mittlerweile das niederschwellige Angebot an der Marktgasse 1. Und wie ich persönlich finde, keine zu klein, für zumindest einen Teil, des Angebots in der Gemeindebibliothek.

Dass die Schulklassen allerdings aufgrund der lediglich vorhandenen 150 Quadratmetern nur neben der ordentlichen Öffnungszeiten die Gemeindebibliothek besuchen können, ist nicht zufriedenstellend. Wenn man die Richtlinien des Dachverbandes Schweizer Bibliotheken studiert



erkennt man sofort, dass hier Handlungsbedarf besteht. Es ist dringend notwendig, die Gemeindebibliothek ab einem geeigneten Standort unterzubringen, welcher die Empfehlungen des Dachverbandes erfüllt. Daher begrüßen wir die Überlegungen des Gemeinderates, die Gemeindebibliothek in die Planung zur Arealentwicklung Gemeindehaus/Verwaltungsgebäude/Platz für Alli miteinfließen zu lassen. Denn bei der neuen Standortfrage sollte es unseres Erachtens klar sein, dass die Bibliothek im Zentrum einen neuen Platz finden sollte.

Aufgrund der zeitmässigen Unbekannten bis zur Realisation des Grossprojekts möchten wir den Gemeinderat allerdings bitten zu prüfen, ob bis dahin nicht eine Möglichkeit an einem anderen Ort besteht, die Bibliothek übergangsweise unterzubringen. Eventuell kann dafür ein privates Ladenlokal angemietet werden, welches leer steht.

Mit der beantragten Aufstockung um 50% sowie der bereits im August 2024 bewilligten Pensenerhöhung von 20% kann sich die Gemeindebibliothek zumindest personalmässig einen Schritt an die Empfehlungen des Dachverbandes annähern. Ein viertes Teammitglied ist sicher wertvoll und trägt zur Entlastung bei.

Offen für uns bleibt die Frage nach deiner Übergangslösung. Dem grossen Einsatz der Mitarbeitenden der Gemeindebibliothek sollte Rechnung getragen werden, indem sie möglichst auch räumlich ein wenig besser aufgestellt sind, bis eine endgültige Lösung für die Gemeindebibliothek gefunden wird.

Die SVP/EDU Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates klar zustimmen.

ER Luka Vojinovic (die Mitte)

Sehr geehrter Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Anwesende

Der Bericht zeigt klar auf, dass die steigende Nutzung, insbesondere der Schulklassen, sowie die vielfältigen Aufgaben der Bibliothek eine Erhöhung der Stellenpensen zwingend notwendig machen.

Die bisherigen Ressourcen reichen nicht aus, um den wachsenden Anforderungen und Empfehlungen des Dachverbands Schweizer Bibliotheken gerecht zu werden. Wir von der GLP/die Mitte Fraktion habe den Antrag sorgfältig geprüft und diskutiert: die vorgeschlagene Pensenerhöhung um 50% auf insgesamt 170% ist gut begründet und zielt darauf ab die Qualität der Angebote sowie die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter nachhaltig zu verbessern.

Wir unterstützen die Pensenerhöhung und danken den Mitarbeitern der Gemeindebibliothek für ihren engagierten Einsatz. Besten Dank.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.

Wünscht Gemeinderat Andreas Neuenschwander das Wort zum Eintreten der Fraktionen?

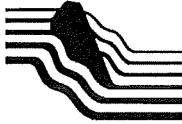
GR Andreas Neuenschwander (SVP)

Besten Dank Herr Präsident. Geschätzte Anwesende

Vielen Dank für die gute Aufnahme dieses Geschäftes. Es freut mich sehr, dass alle sehen, dass wirklich Handlungsbedarf besteht. Zu 2-3 Voten möchte ich noch ein paar Ergänzungen machen:

Zur SP, Thomas, auch du hast gut erkannt, dass nicht nur verwaltet wird, sondern es wird zukunftsorientiert gearbeitet, und es werden neue Angebote im Rahmen des Möglichen erschaffen. Zu der Frequenz bezüglich der Pensenerhöhungen: Wir haben im Frühling 2024 festgestellt, dass wir mit 70% für die nächste Zeit klarkommen, 20% haben wir über den Gemeinderat machen können, die restlichen 50% laufen über den Einwohnerrat. Bis zum Umzug ist mit keinen weiteren Erhöhungen zu rechnen.

Ich möchte einfach noch festhalten, ohne, dass es falsch aufgenommen wird: es bestand nie die Gefahr, dass nicht alle Klassenbesuche wahrgenommen werden konnten, auch momentan



ist es nach wie vor so, dass alle Klassenbesuche stattfinden können. Durch die Pensenerhöhung können wir den Montag noch dazunehmen, und so ist es ganz klar, dass keine Klassen abgewiesen werden.

Zu den Grünen: die Bewerbung auch für Erwachsene ist sicherlich auch ein Ziel. Ich habe es bereits erwähnt, durch diese Pensenerhöhung kann auch mehr Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden.

Zu der SVP, bezüglich eines Umzugs in ein Provisorium, möchte ich hier vielleicht entgegenhalten, dass im Jahr 1986 die Bibliothek Agnesenschütte als Provisorium eingerichtet wurde. Man rechne, es ist immer noch so. Wir möchten sowas nicht, wir möchten lieber sorgfältig planen für eine zukunftsgerichtete neue Bibliothek.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sowohl die Leiterin der Gemeindebibliothek als auch die Mitarbeitenden hinter dieser Lösung stehen.

Noch ein Wort zur Einreichung des Berichts des Antrages: die Frist für die Budgetsitzung wäre der 31. Oktober gewesen, dieses Datum war leider nicht möglich, denn bestimmte Abklärungen noch getroffen werden mussten.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Gibt es noch weitere Wortmeldungen. Dem ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

Keine Voten zum Bericht und Antrag.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag auf Seite 3 der Vorlage.

Dieser lautet wie folgt:

Gestützt auf diese Ausführungen unterbreitet Ihnen der Gemeinderat den folgenden Antrag:

Der Pensenerhöhung für die Gemeindebibliothek um 50% auf neu 170% wird zugestimmt.

Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer sich enthalten möchte, hebe bitte die Hand.

Sie haben dem Antrag einstimmig mit 20 zugestimmt.

GR Andreas Neuenschwander (SVP)

Geschätzter Präsident, werte Anwesende

Ganz herzlichen Dank für diesen Vertrauensbeweis. Ich bin überzeugt, dass das ganze Team der Gemeindebibliothek sich darüber freut und sie freuen sich natürlich genauso wenn ihr demnächst auf einen Besuch bei ihnen vorbeikommt. Danke vielmals.

Das Geschäft ist erledigt.

**TRAKTANDUM 5**

Bericht und Antrag betreffend Bereinigung (Fristerstreckung) Motionen und Postulaten - Motion Nr. 2022.01 von Roland Müller (Grüne) vom 21. Februar 2022 betreffend Definition von Grünflächen.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Zuständige Gemeinderat: Christian di Ronco

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst der Gemeinderat Christian di Ronco.

GR Christian di Ronco (die Mitte)

Ich möchte das Wort nicht.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Das Wort wird von der Exekutive nicht gewünscht. Somit kommen wir zum Eintreten.

ER Roland Müller (Grüne)

Geschätzter Präsident, liebe Anwesende

Vor mehr als zwei Jahren wurde meine Motion Definition der Grünflächen für erheblich erklärt und die Abschreibung abgelehnt. Ich forderte eine präzisierte Grün- und Freiraumstrategie, was für die zielführende Totalrevision der Nutzungsplanung zwingend ist. Der Freiraum ist keine Restlandschaft, sondern ein sehr wichtiger Handlungs- und Erholungsraum für die Natur, die Biodiversität und vor allem für das Wohlbefinden aller. In der qualitativen Beurteilung, wie ein Grünraum beschaffen sein soll, unterscheidet sich meine Einschätzung in vielen Punkten von jener des Gemeinderates. Der Einwohnerrat hat vor einem Jahr den Antrag des Gemeinderates auf Fristerstreckung bis Dezember 2025 bewusst auf 2024 verkürzt, damit die Gesamtrevision der Nutzungsplanung zügig umgesetzt werden kann. Wir Grünen werden dem Antrag auf Fristerstreckung zustimmen, erwarten aber, dass die Anforderungskriterien an die Grün- und Freiräume konsequent in die Totalrevision der Nutzungsplanung einfließen und diese zeitnah in einer einwohnerrätlichen Kommission und später im Einwohnerrat behandelt wird. Inhaltlich begrüßen wir nach wie vor eine Grünflächenziffer wie es zum Beispiel die Stadt Schaffhausen kennt.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

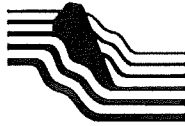
Die GLP/Die Mitte Fraktion stimmt der Fristverlängerung zu. Wir halten es nach wie vor für den einzig sinnvollen Weg, dieses wichtige Anliegen zusammen mit der Totalrevision der Bauordnung und des Zonenplans umzusetzen und die Motion auch damit abzuschreiben.

Sie mit der Totalrevision abzuschreiben unterstreicht dann auch die Wichtigkeit bei der Berücksichtigung dieses Anliegens im Geschäft. Das Anliegen passt bzgl. seiner Eigenschaft sehr gut in eine Totalrevision, so geht es um allgemeingültige Bestimmungen, die sowohl räumliche als auch funktionale Zusammenhänge mit anderen Themen aufweisen. Die Gesetzgebung kann im Rahmen der Totalrevision besser darauf Rücksicht nehmen. Der Entwurf liegt aktuell wohl irgendwo zwischen Gemeinderat und Kanton zur Vorprüfung.

Unseren Unmut möchten wir zur Länge der Prozesse im Allgemeinen aussprechen. Die Planungs- und Bauprozesse gehen viel zu lange! Dieser Missstand schadet unserer Gemeinde und darüber hinaus. Die laufende Totalrevision reiht sich ziemlich passend in diese allgemeine Erkenntnis ein. Die Fristverlängerung hier hat damit aber nur indirekt zu tun, eine vorzeitige und isolierte Umsetzung des Anliegens würde das Problem nicht lösen.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Ich hole etwas weiter aus, damit sie sehen, was ich meine.



Dieser Antrag erstaunt den Fachmann und der Laie wundert sich. Ich weiss fast nicht, wie ich meine Meinung formulieren soll, damit Kollege Sauzet nicht noch in seiner letzten Sitzung nochmals eine persönliche Erklärung abgeben muss.

Zuerst also zu den Fakten: Dieser Rat hat die Motion überwiesen und nicht sofort abgeschrieben, obwohl, der Gemeinderat dies beantragt hat. Der Einwohnerrat wollte, dass der Gemeinderat die Anforderungskriterien für Grün- und Freiflächen vor der Totalrevision der Nutzungsplanung vorlegt. Der Gemeinderat hat dann im vergangenen Jahr den nochmals gleichen Antrag gestellt, mit dem Gesuch die Motion mit der Totalrevision zu erledigen. Der Einwohnerrat hat dies wiederum abgelehnt, was nun den Gemeinderat aber nicht hindert, diesen Antrag auch dieses Jahr noch einmal vorzulegen. Und wir können sicher sein, wenn wir den vorliegenden Antrag wieder ablehnen, wird er den Bericht zur Motion trotzdem erst mit der Totalrevision vorlegen. Mit anderen Worten dem Gemeinderat sind die Vorgaben des Einwohnerrats egal, er verweigert ganz einfach seine Arbeit.

Nun wir alle haben es immer wieder mitgekriegt, unser Gemeindepräsident hat ein sehr seltsames Demokratieverständnis wenn es um Gewaltentrennung geht, mal behauptet er keck, dass der Einwohnerrat das nicht beschliessen darf, weil der Gemeinderat zuständig sei, als ob eine vorgesetzte Behörde sich nicht in Geschäfte einmischen darf, die in die Zuständigkeit der untergeordneten Behörde fällt, mal mischt er sich, die vergangene Einwohnerrat – Sitzung lässt grüssen, in absolut unkorrekter Weise sogar in unsere Ratsarbeit ein. Geht es dann aber andererseits um die Kompetenzen des Gemeinderates, weist er jeden noch so wohlmeinenden Vorschlag aus dem Einwohnerrat ab, dafür sei nur der Gemeinderat zuständig und dies selbst bei Entscheiden, die der Einwohnerrat dann nachher auch noch zu genehmigen hat. Ich habe in diesem Rat schon mehrmals versucht zu erklären, welche Aufgabe eine Legislative, also die gesetzgebende und damit dem Gemeinderat vorgesetzte Behörde und welche die Exekutive, also die ausführende Behörde hat. Wie immer Sie es auch drehen, die Exekutive, als die ausführende Behörde hat das zu tun, was das Volk und als dessen Vertretung, die Legislative beschliesst. Punkt. Das Volk und der Einwohnerrat sind dem Gemeinderat vorgesetzt und können dem Gemeinderat jederzeit einen Auftrag erteilen, für das ist dieser angestellt und entsprechend entschädigt, während dies umgekehrt natürlich nicht gilt. Nicht umsonst gilt der Präsident des Einwohnerrats als der höchste Neuhauser und nicht der Gemeinderat. In den vergangenen Jahren hatte ich aber des Öftern das Gefühl, dass mindestens ein Teil des Gemeinderates das Gefühl hat, sie seien die Chefs in diesem Dorf und müssen somit nicht erledigen, was ihnen von Volk oder Einwohnerrat aufgetragen wurde, weil sie offensichtlich eh besser wissen, was gut für Neuhausen sei.

Der vorliegende Antrag ist genauso ein Beispiel: Eigentlich ist der Auftrag klar, zumal er gleich zweimal beschlossen wurde. Dieses Übergehen des Einwohnerrats ist im besten Fall Nichtkenntnis von urdemokratischen Prozessen, wird aber zumindest als Arbeitsverweigerung verstanden, ist wohl auch ein völlig unnötiges Machtspielchen und muss im schlechtesten Fall leider als ziemlich arrogante Nichtachtung dieses Rates interpretieren werden. Schlimmer wird die Angelegenheit auch noch dadurch, weil der Antrag vom Gesamtgemeinderat abgesegnet worden ist. In Neuhausen wissen also nicht nur einzelne Gemeinderäte nicht Bescheid, wie die Rollenverteilung in der schweizerischen Demokratie geregelt ist, sondern sogar – nach dem Motto: Mitgegangen ist mitgehangen – der ganze Gemeinderat steht hinter der Missachtung eines Auftrages dieses Rates. Dies stimmt mich bedenklich, weil solches Verhalten das Miteinander nicht fördert, sondern spaltet und schon gar nicht dem Wohle der Neuhauser Bevölkerung dient. Vielleicht wäre es angebracht, wenn der neuzusammengesetzte Gemeinderat als erstes eine Klausurtagung zur Rolle der verschiedenen Gewalten in der schweizerischen Demokratie durchführen würde.

Der Einwohnerrat hat zur Kenntnis zu nehmen, dass der Gemeinderat sich Rechte herausgenommen hat, die er eben nicht hat. Nun wie gesagt, die Arbeit ist bereits verweigert und es ist



nicht davon auszugehen, dass er bei einer Ablehnung dieses Antrages nun plötzlich gewillt ist, die Arbeit noch vor der Gesamtrevision in Angriff zu nehmen. So bleibt uns also nur Zähneknirschen, Kopfschütteln und Unverständnis.

GR-Präsident Felix Tenger (FDP)

Ich bin persönlich angesprochen worden und möchte mich daher kurz zu äussern.

Erstens, bezüglich der Gewaltentrennung, darauf achten wir selbstverständlich. Dieser Rat weiss das und ich nehme an, dass 19 Personen in diesem Rat das genauso sehen. Wir haben es in den letzten 3 dreiviertel Jahren wirklich so gehandhabt, dass wir uns nach dem Gesetz richten. Der Buchstabe des Gesetzes wird bei uns umgesetzt, das wurde immer gemacht und das wird auch so gehandhabt. Wir schauen auch auf eine partnerschaftliche und gemeinschaftliche Arbeit, denn nur zusammen bringen wir Neuhausen am Rheinfall weiter. Darauf achten wir ebenfalls. Dies funktioniert auch mit grossen Teilen des Einwohnerrates, nicht mit allen, aber das wird auch wahrscheinlich gar nicht möglich sein. Dennoch sieht der grösste Teil der Einwohnerräte, dass man am selben Strang ziehen muss und in dieselbe Richtung, damit man Neuhausen weiterbringt. Wir wollen ganz sicher keine Machtspielchen machen, das haben wir auch nie gemacht. Das ist nicht das Anliegen des Gemeinderates, aber es ist klar, wir sind die Exekutive, also geben wir gewisse Sachen im Rahmen unserer Kompetenzen vor. Wir achten immer auf unsere Kompetenzen und wissen dementsprechend auch darauf hin. Wenn wir gewisse Kompetenzen haben, dann setzen wir diese auch um, ob das einzelnen Einwohnerräten passt oder nicht passt. Selbstverständlich nutzen wir die Kompetenzen, welche uns zustehen, dazu sind wir auch gesetzlich verpflichtet. Wir sind vom Kanton aus verpflichtet auf die Gemeinde zu schauen und entsprechend dem Rahmen unserer Kompetenzen das Beste für die Gemeinde zu machen. Das haben wir in der alten Zusammensetzung getan, und das werden wir auch in Zukunft mit der neuen Zusammensetzung tun. Da gibt es nichts zu diskutieren. Vielen Dank.

ER Marco Torsello (FDP)

Geschätzter Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Kurz, bündig und klar: wie im Bericht und Antrag erklärt, ist die Nutzungsplanung aktuell beim Kanton im Vorprüfungsprozess und der Bericht und Antrag soll dem Einwohnerrat im zweiten Semester 2025 vorgelegt werden. Eine Fristerstreckung ist daher folgerichtig. Die FDP Fraktion wird diesen Antrag unterstützen.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.

Wünscht Gemeinderat Christian di Ronco das Wort zum Eintreten der Fraktionen?

GR Christian di Ronco (die Mitte)

Wir haben das Grün- und Freiraumkonzept im Rat beraten, und entsprechende Massnahmen auch verabschiedet. Wenn sie sich noch daran erinnern mögen.

Die Motion beinhaltet Artikel von der Nutzungsplanung, welche wir 2022 schon beantwortet haben, aber der Rat wollte diese Motion nicht abschreiben. Für uns ist dieser Antrag im Prinzip erledigt, sobald der Bericht und Antrag des Gemeinderats vorliegt. Dies besagt die aktuelle Geschäftsordnung des Einwohnerrats. Es gibt keinen rechtsfreien Raum hier drin, diese Regeln gelten für alle.

Wir möchten auch effizient arbeiten, daher bringt es nichts wenn wir hier separate Anträge schreiben und diese wiederum in der Bauordnung integriert werden. Dies macht einfach keinen Sinn, auch wenn sie dies nicht wahrhaben möchten und uns hier mit Nettigkeiten überdecken. Bezüglich dem Kanton möchte ich Fabian Bolli sagen, du bist nächstes Jahr dabei, mache einen Vorstoss, ich bin mit dabei, um die Prozesse zu beschleunigen.

Wir sind aber optimistisch, dass wir in der zweiten Hälfte von 2025 einen entsprechenden Bericht und Antrag dem Einwohnerrat vorlegen können, und somit diese Motion mit abschreiben können. Vielen Dank.

ER Roland Müller (Grüne)

Ich teile die Einschätzung von Baureferenten Christian Di Ronco nicht. Es ging ja darum, dass wir ganz klar definieren, was wir unter Grün und Freiraumflächen verstehen. Aber lassen wir dies Mal sein.

Ich fände schön, wenn der Baureferent genauer sagen könnte, wo genau im Prozess wir stehen, damit wir wissen, was uns nächstes Jahr erwartet.

GR Christian di Ronco (die Mitte)

Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Ich kann so viel dazu sagen, dass sämtliche Unterlagen beim Kanton liegen zur Vorprüfung. Sobald diese abgeschlossen ist (wir sind hierfür regelmässig in Kontakt, um diese Zeit etwas zu verkürzen) wird die Vorlage in den Einwohnerrat kommen. Mehr kann ich leider dazu nicht sagen. Nicht weil ich nicht will sondern weil ich nicht für die kantonalen Stellen sprechen kann.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Gibt es noch weitere Wortmeldungen. Dem ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

Keine Voten zum Bericht und Antrag.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag auf Seite 5 der Vorlage.

Dieser lautet wie folgt:

Die Frist zur Vorlage eines Berichts und Antrags an den Einwohnerrat zur Erledigung der Motion 2022.01 von Roland Müller (Grüne) wird auf den 31. Dezember 2025 verlängert.

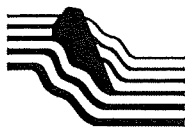
Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer sich enthalten möchte, hebe bitte die Hand.

Sie haben dem Antrag mit 16 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltung, zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.

**TRAKTANDUM 6**

Bericht und Antrag betreffend Bereinigung (Fristerstreckung) Motionen und Postulaten - Postulat Nr. 2022.05 von Fabian Bolli vom 14. November 2022 mit dem Titel: Machbarkeit Ortsmuseum: Naturhistorische, industrielle und kulturelle Schätze Neuhausens zugänglich machen und in Wert setzen.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Zuständige Gemeinderat: Andreas Neuenschwander

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst dem Gemeinderat Andreas Neuenschwander.

GR Andreas Neuenschwander (SVP)

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Ich bin mir bewusst, dass Sie eine andere Vorlage erwartet haben. Trotzdem ist der Gemeinderat der Überzeugung, dass der gewählte Weg der sinnvollste ist. Unter anderem wird im Postulat verlangt, dass Betriebskonzepte und deren Auswirkungen auf die Gemeinde dargelegt werden. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt schlicht nicht möglich.

Der Gemeinderat erachtet es als zielführend, zuerst einen Standort festlegen zu können. Es hat doch erhebliche Auswirkungen auf das Konzept und den Betrieb ob mit Ausstellungsflächen von zum Beispiel 400m² oder 1'000m² geplant werden kann. Ebenso macht es Sinn, die Themenschwerpunkte mit den zukünftigen Betreibern zu erarbeiten. So bittet der Gemeinderat den Postulanten und die Mitunterzeichnenden, sich Gedanken zu machen, welche Personengruppe für eine Interessengruppe infrage kommen, die dann ab Sommer 2025 die Arbeiten aufnehmen kann.

Wie bereits dargelegt, liegen umfangreiche Unterlagen aus einer Arbeitsgruppe aus den Jahren 2019/2020 vor, die damals, auf Bestreben des Rebbau Vereins, ausführliche Abklärungen und erste Planungen getätigt hat. Darauf kann aufgebaut werden. Ebenfalls ist selbstverständlich geplant, externe Fachpersonen für eine neue Planungsgruppe zu gewinnen.

Ich bin gespannt auf Ihre Voten und bitte den Rat um Zustimmung zu diesem Bericht und Antrag. Besten Dank.

ER Fabian Bolli (GLP)

Geschätzte Anwesende

Ich spreche als Postulant und für die GLP-Die-Mitte Fraktion. Vorausschicken möchte ich, dass das Geschäft ein spezielles ist. Speziell war es von Beginn, sein Ursprung liegt in einem überparteilichen Konsens. Der Vorstoss an sich: weiss, ohne Parteilogo. Der Gedanke: Das Geschäft sollte möglichst unpolitisch bleiben und als positives Projekt initiiert werden. In diesem Sinne möchte ich hier auch sprechen.

Speziell ist das Geschäft weiter, weil ich seit der Einreichung wirklich überdurchschnittlich viele Leute hatte, welche auf mich zugekommen sind. Viele mit Zuspruch, viele – und das freut mich noch mehr – mit handfesten Anliegen. Ich hatte Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern die mögliche Ausstellungsobjekte aus der familiären Sammlung zur Verfügung stellen wollten, ich hatte Austausche mit Leuten, die ihre Kunstsammlung anbieten wollten und gar ein ehemaliger Gemeindepräsident hat mich im Restaurant bedient mit einem Dokument voller Hinweise und Ideen.

Warum erzähle ich das? Ich möchte damit aufzeigen, wie wichtig das Anliegen ist und v.a. wie viel Energie in der Idee des Ortsmuseums drin ist. Energie von früher, Energie von heute, Energie für die Zukunft? Wie auch immer sicher, aber ungenutzte Energie. Der Funke ist die vergangenen Jahre und Jahrzehnte noch nicht gesprungen.

Nun zur Fristverlängerung: Dieser stimmen wir zu. Leider haben wir aber grundsätzliche Bedenken, dass der Kurs aktuell stimmt. In der vorliegenden Begründung wird v.a. eine Standortsuche und ein erwünschtes Betriebsmodell mit Verein oder dergleichen skizziert.



Das ist nicht der geforderte Kurs. - Das ist auch nicht der Prüfauftrag aus dem überwiesenen Postulat. Der Prüfauftrag aus dem Postulat lautet nicht, einen Standort zu suchen und beschränkt sich auch nicht darauf, sich einfach eine mögliche Trägerschaft zu wünschen. Ich prophezeie im Übrigen, dass dieser Kurs ironischerweise am ehesten dazu führen wird, was eigentlich niemand beabsichtigt. Nämlich, dass das Projekt hauptsächlich an der Gemeinde hängen bleibt oder noch schlimmer, noch viele weitere Jahre gar nichts geht. Weil die Frage eben irgendwo zwischen öffentlich und privat steht, muss sich jetzt halt irgendjemand einmal ans Herz fassen und aktiv werden.

Also nun bitte Kurskorrektur: Die Gemeinde soll explizit eine koordinierende Rolle einnehmen, wie im Postulat beschrieben. Sie soll eine «Enabler»-Rolle einnehmen - also eine «Ermöglicherin» fungieren. Ich möchte den Gemeinderat - im Sinne der Sache - darum bitten, sich dazu am wörtlichen Prüfauftrag zu orientieren.

Es geht um die Klärung der generellen Machbarkeit. Dies könnte z.B. durch ein Expertenbericht geschehen. Im weiteren geht es darum, sich mit relevanten Akteuren zusammenzusetzen, zu vermitteln. Was ist denn bisher geschehen? Gab es Treffen? Gespräche? Gruppen? Personen? - Aus dem Bericht geht ja nichts hervor, dabei liessen sich bestimmt etliche Namen finden. Es geht um mögliche Partnerschaften. - Wer könnten den Partner sein? Wäre z.B. das Smile Stones ein Partner für Ticketing? Das SIG-Areal für die Location? Die SIG hinsichtlich Ausstellung/Sponsoring? Könnte gar der Regionale Naturpark wertvoller Partner sein? Noch wichtiger: Was wären mögliche Betriebsmodelle? Braucht es eine staatliche Betreiberin - Ist wohl weniger gewünscht, aber auch möglich. Ein Verein? Achtung: Hier kommt also der Verein. - Als Möglichkeit! Oder gar eine kommerzielle Betreiberin? Z.B. Ein pionierhaftes Unternehmen, das es schafft, die Schätze Neuhausens als spannendes Erlebnis und über fesselnde Geschichten zu vermitteln? 1.9 Millionen Besucherinnen und Besucher am Tag am Rheinfall, macht etwas über 5000 pro Tag. Zielquote 5% und dann hat man schon 250 Besucherinnen und Besucher pro Tag. CHF 10 Eintritt, macht tägliche Einnahmen von CHF 2500. Nur als Beispiel. Dann kommt die Frage der Auswirkungen auf die Gemeinde: Gibt es eine Bereitschaft für das Sponsoring, eine Teilfinanzierung, eine Fehlbetragsgarantie, kann die Gemeinde vermitteln für einen Standort? Achtung: Hier kommt also der Standort. Vielleicht kann die Gemeinde anderweitig unterstützen? Und zuletzt gibt es die Chance kantonaler und eidgenössischer Unterstützung. Und zwar in Form von Geld. Z.B. Projekte der Neuen Regionalpolitik (NRP) resp. Regiosuisse, die auch bereits Anschubfinanzierungen für solche Projekte geleistet haben. Wenn ich mich richtig an das Beispiel erinnere, waren das 50'000 Franken. Es gibt bestimmt auch kantonale Unterstützung für Museen und Kultur allgemein. Private Stiftungen? Z.B. die Emma-Windler-Stiftung? Oder weitere Programme?

All das geht aus dem wörtlichen Prüfauftrag des überwiesenen Postulats hervor. Davon ist aber leider wenig bis nichts zu sehen. Im Vergleich zu dieser Fragestellung und ebenfalls nur rein skizzenhaft umschriebenen Lösungsansätzen wirkt der skizzierte Kurs in der vorliegenden Begründung zur Fristverlängerung kreativlos und schränkt unnötig ein.

Um die Kurskorrektur in die richtige Richtung anzugehen, bitte ich den Gemeinderat daher darum- und das ist jetzt das Hetzstück, das davor war, v.a. ein Weckruf - zwei Punkte zu berücksichtigen:

Den Prozess mit externer Unterstützung aufgleisen. Die Frage ist aktuell wirklich sehr offen und die Aufgabe herausfordernd. Ohne externe Unterstützung wäre wohl so ziemlich jeder überfordert. Externe Kompetenzen müssen mit ins Boot.

Die Strategie vor die Standortfrage stellen: Die Rahmenbedingungen für mögliche Projektkonzepte müssen zuerst geklärt werden, quasi ein Businessplan muss her. Die Standortfrage ist wichtig, dem aber unterzuordnen.

Meine Vision möchte ich noch einmal wiederholen: « Das Ortsmuseum Neuhausen - in welcher Form und mit welchem Namen auch immer - muss es schaffen, für jede Schweizerin und jeden Schweizer potenziell interessant zu sein.» Daran sollte sich m.E. ein solches Projekt orientieren, das wird den naturhistorischen, industriellen und kulturellen Schätzen Neuhausens gerecht. Und das sollte sich, verstärkt durch das Besucherpotential des Rheinfalls im Bereich des machbaren befinden.



Die aus unserer Sicht relevanten Fragen auf dem Weg dorthin stehen im wörtlichen Prüfauftrag des Postulats. Ob wir den Funken damit zum Springen bringen, weiss ich nicht. Dafür gibt es keine Garantie. Die Erfolgsaussichten aber, werden sich wohl etwa verdoppeln, wenn die Koordination aktiv und mit nur halb so viel Energie angepackt wird, wie ich sie um uns herum zur Frage eines möglichen Ortsmuseums spüre.

ER Urs Schüpbach (parteilos)

Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Wir von der SP Fraktion sind nicht überrascht, dass das Postulat eine Fristerstreckung benötigt. Wir hatten bereits die Sportlichkeit vom Zeitpunkt auf Ende Jahr mitgeteilt. Ein Projekt wie das Ortsmuseum muss gut durchdacht sein und benötigt im ersten Anlauf die besten Räumlichkeiten und Visionen, um es zum Fliegen zu bringen. Wir erhoffen uns schon, dass nach der jetzigen Vergabe von den Pachten am Rheinfall, die Liegenschaften, welche in Frage kommen vertieft angeschaut werden, anstatt, dass sie brachliegen.

Diese könnten für ein Ortsmuseum genutzt werden. Integration am Rheinfall macht, nach meiner Meinung, grossen Sinn. Ich hoffe hier fest auf den Kanton und das doch die Verantwortlichen Hand bieten. Dass eine Interessengruppe hier unterstützen soll, finden wir zielführend, die Finanzierungsmöglichkeiten sollten hier aber nicht limitierend sein.

Wenn wir ein Ortsmuseum möchten, müssen wir es auch finanzieren wollen. Ob es auch Gewinn abwerfen soll davon bin ich nicht ganz überzeugt. Wir hoffen auf eine gute Lösung, es wäre schade wenn nach Jahrzehnten nach diesem Wunsch wieder nichts draus werden würde. Wir sind willens alles Nötige dazu zu unternehmen. Die SP Fraktion stimmt den Antrag für eine Fristerstreckung zu.

Rein interessehalber, noch was anderes an dieser Stelle: sicher hat der Kulturreferent daran gedacht und ist an der Bearbeitung des vertieften Berichts zur Feuerwehrezusammenschliessung. Vielleicht kann er hierzu noch etwas sagen. Vielen Dank.

ER Peter Fischli (FDP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, liebe Versammlung, geschätzter Gemeinderat und verehrte Gäste

Keine Angst ich werde nicht lange sprechen. Erlaube mir aber folgende Hinweise in Form von Stichworten zu geben:

Strategie vor Lokalität. Konzept vor Beton. Ein Konzept, welches lebendig, dezentral, ressourcenbewusst und damit nachhaltig ist. Das ist was wir uns davon versprechen. Wir Freisinnigen unterstützen die Fristverlängerung, möchten aber hier die Korrektur welche bereits meine Vorredner zum Teil angesprochen haben.

ER Bernhard Koller (EDU)

Sehr geehrter Einwohnerratspräsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sehr geehrte Gemeinderäte

Die SVP/EDU-Fraktion hat diesen Antrag zur Fristenerstreckung diskutiert und ist einstimmig zu folgendem Schluss gekommen: Wir werden der Fristerstreckung zustimmen:

Wir anerkennen, dass das Postulat sehr komplexe Zusammenhänge generiert und seine Zeit braucht. Es ist darum angebracht, die Faktenlage in einem Zwischenbericht zu kommunizieren. Insbesondere sind weitere, externe Interessenvertreter einzubringen. Der GR hat bereits grundsätzliche Fakten erarbeitet und ist auf dem richtigen Weg.

Wir sind überzeugt, dass bis zum 31.12.2025 das Postulat erledigt werden kann.

Die SVP/EDU-Fraktion wird der Fristenerstreckung

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt worden; Eintreten ist somit beschlossen.

Wünscht Gemeinderat Andreas Neuenschwander das Wort zum Eintreten der Fraktionen?

GR Andreas Neuenschwander (SVP)

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende

Vielen Dank für die Aufnahme und die Gedanken, welche ihr euch gemacht habt.

Fabian Bolli hat genau das angesprochen, sogar betont, der wörtliche „Prüf“-Auftrag. Wir müssen also wirklich wörtlich nehmen, was im Postulat steht, und unter anderem steht eben auch „Auswirkungen auf die Gemeinde“ drin. Diese sind einfach nicht darzulegen, wenn wir keinen Betreiber und keinen Standort haben. Man kann sich sicherlich darüber streiten: Strategie vor Standort. Das ist sicherlich eine Möglichkeit, mich nimmt es einfach Wunder, wenn wir nun eine Strategie für ein Museum in 2000 Quadratmeter erarbeiten und anschliessend nur 500 bekommen, was wir dann damit machen. Aber das sind genau die Sachen, welche in einer Interessengruppe besprochen werden können. Der Gemeinderat ist auch bereit diesen Prozess aufzulösen. Wir wissen auch welche Fachleute wir dazu einladen könnten, die Frage ist wer kommt von eurer Seite? Hier bitte ich die Postulanten, dass sie auf uns zukommen.

Es sind noch ein paar Bemerkungen gemacht worden, wo ich mir nicht sicher bin, ob du, Fabian, dies nicht gelesen hast. Auch wenn du das SIG Areal zum dritten oder vierten Mal erwähnst, ich kann dir nur zum dritten oder vierten Mal antworten, dass dieses momentan nicht zur Verfügung steht.

Zur SP und den Rheinflall Liegenschaften: auch hier habe ich mehrmals bereits betont, dass wir hier im Gespräch sind und die Anfrage deponiert ist. Urs hat hier noch irgendwo die Feuerwehr mit reingeschuggelt, dies gehört natürlich überhaupt nicht zu diesem Geschäft. Wenn der Präsident es erlaubt sag ich noch ein paar Worte dazu.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Wenn sie sich kurz halten, dann dürfen sie.

GR Andreas Neuenschwander (SVP)

Selbstverständlich hat der Kulturreferent, welcher gleichzeitig auch der Feuerwehrreferent ist, den vertieften Bericht nicht vergessen. Wir müssen einfach festhalten, wann die Zeit des Geschäftsberichts ist, und diese Zeit ist zur Rechnung. Der allgemeine Geschäftsbericht der Feuerwehr bildet auch die Grundlage zum vertieften Bericht der Feuerwehr, kurz gesagt dieser kommt mit der Rechnung. Danke.

ER Arnold Isliker (SVP)

Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Der Kollege Bolli hat es erwähnt, ans Herz fassen. Es ist ein leidiges Thema, welches alle berührt, vor allem die älteren Neuhauser. Aber nun kommen wir zum Punkt welches schon einmal diskutiert wurde, der Standort.

Wir konnten feststellen, dass in Beringen ein neues Ortsmuseum gebaut und erweitert worden ist. Alles mit Spenden und freiwilligen Arbeit. Ich bin letzstens dort gewesen, es kostet keinen Eintritt, nicht wie du vorhin gerechnet hast mit CHF 10.00 pro Eintritt. Wenn jemand den Rheinflall besucht, lässt er eh schon genug Geld liegen.

Dass solche Museen einen schweren Stand haben, haben wir bei der SIG unten gesehen, wo das Militärmuseum ausziehen musste, da sie nicht mehr erwünscht waren.

Auch das Wassermuseum ist bei der SIG nicht mehr willkommen.

Darüber hinaus, was passiert wenn die älteren enthusiastischen Helfer mal nicht mehr sind, was passiert dann mit dem Museum.

Beim Museum in Schaffhausen sieht man ausserdem wie viele Franken dort hineinfließen, damit es überhaupt bestehen kann. Und Hand aufs Herz, wie viele Male war jemand von hier drinnen im Allerheiligen- oder Landesmuseum. Besten Dank.

**ER Fabian Bolli (GLP)**

Wie eingangs gesagt möchte ich hier nicht politisch diskutieren aus diesem Grund wechsele ich hier ausnahmsweise auf Schweizerdeutsch.

Lieber Andi

Wir haben das Gespräch ja schon mal geführt. Ich bin sehr gern parat diesbezüglich zusammenzusitzen und daran zu arbeiten, das steht für mich ausser Frage. Ich liefere dir auch gern die Namen und ich denke es gibt auch sonst eine breite Bereitschaft hier mitzuarbeiten, dies steht auch ausser Frage.

Ich denke aber, dass es schlussendlich nicht unsere Aufgabe ist dieses Projekt als Postulanten auch umzusetzen. Ich bin aber froh, dass du gesagt hast, dass ihr das koordinieren möchtet und in die Hand nehmt. Bitte mache auch, dass es so weit kommt.

Bezüglich den Auswirkungen auf die Gemeinde, bezüglich deren du gesagt hast, dass man diese ohne Standort nicht einzuschätzen kann: in der Formulierung ist die Sprache von denkbaren Partnern und Betriebsmodelle, und die jeweiligen Auswirkungen für die Gemeinde. Also die Auswirkungen auf die Gemeinde sind selbstverständlich nicht das Zentrum dieses Prüfauftrages. Zum SIG-Areal, und dem Hinweis auf die Kosten und diversen Punkten welche ich vorhin aufgezählt habe: ich habe den Bericht schon gelesen, und ihr habt wahrscheinlich auch unter den einzelnen Punkten auch recht, aber unter welcher Prämisse. Aber es geht mir darum hervorzuheben, dass es nicht darum einzelne Punkte herauszupicken und dann zu sagen aus diesem oder jenen Grund geht es nicht. Mir geht es darum, dass diesmal der Funke überspringt, Garantien gibt es nicht, das ist mir klar; ich bin aber der vehementen Meinung, wir müssen das Thema nochmals öffnen, damit wir die Chance auf einen Erfolg signifikant erhöhen. Abschliessend meine Bereitschaft zum Mitschaffen steht, einfach: die Hinweise welche ich gemacht habe, gelten weiterhin.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Gibt es noch weitere Wortmeldungen. Dem ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Detailberatung. Ich werde den Bericht und Antrag seitenweise durchgehen.

Keine Voten zum Bericht und Antrag.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Wird Rückkommen verlangt? Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag auf Seite 5 der Vorlage.

Dieser lautet wie folgt:

Die Frist zur Vorlage eines Berichts und Antrags an den Einwohnerrat zur Erledigung des Postulats 2022.05 von Fabian Bolli wird auf den 31. Dezember 2025 verlängert.

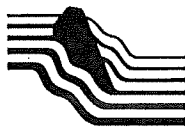
Wer diesem Antrag zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer diesem Antrag nicht zustimmen will, hebe bitte die Hand.

Wer sich enthalten möchte, hebe bitte die Hand.

Sie haben dem Antrag einstimmig mit 20 zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.

**TRAKTANDUM 7**

Interpellation Nr. 2024.04 von Urs Hinnen und Roland Müller vom 9. September 2024 mit dem Titel «Abklärung des Zustandes der Natur in der Gemeinde Neuhausen und entsprechenden Schutz- und Fördermassnahmen»

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Ich erteile ER Urs Hinnen oder Roland Müller das Wort zur Begründung seines Vorstosses.

ER Dr. Urs Hinnen (Grüne)

Wie in der Interpellation ausgeführt wurde, geht es darum, nach der Studie zur Frage der Aufenthaltsqualität von bestehenden Grün- und Freiräumen für die Neuhauser Bevölkerung nun auch deren Wert im Sinne der Biodiversität zu klären und festzustellen, wo es diesbezüglich Handlungsbedarf gibt.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass eine Förderung der Natur auf unserem Gemeindegebiet klar auch der Bevölkerung zugutekommt. Denn in einer intakten Natur ist Aufenthalts- bzw. Erholungsqualität erwiesenermassen sehr hoch.

Entsprechend müssen wir vorwärts machen. Will heissen, wir brauchen eine umfassende Bestandsaufnahme von ökologisch wertvollen Flächen und wir müssen wissen, mit welchen Massnahmen wir diese gezielt aufwerten können.

GR-Präsident Felix Tenger (FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Gerne erläutere ich die Stellungnahme zu dieser Interpellation. Als Erstes: Wir legen grossen Wert auf Grünraum und deren Wertigkeit, das haben sie auch an den letzten Bericht und Anträgen sehen können.

Die Gemeinde hat einen sehr hohen Waldanteil von gegen 50 % des Gemeindegebietes und Wälder sind "Hotspots" der Biodiversität.

Sämtliche wertgebenden Biotope sind bereits im Naturschutzinventar gelistet, werden geschützt und unterliegen einem Pflegekonzept. Diesen wird dementsprechend immer wieder überarbeitet. Es erfolgt ein Monitoring mit Beobachtungsflächen. Die Naturschutzkommission, in der auch zwei Einwohnerräte einsitzen verfolgt dies akribisch und kontrolliert das sehr genau.

Neuaufnahmen von Biotopen mit lokaler oder kantonaler Bedeutung sind immer möglich.

Viele Grünflächen werden grundeigentümerverbindlich im Zonenplan gesichert. Die künftige Bauordnung legt für die Freihaltezonen und für Grünzonen auch ökologische Aspekte fest. Wir werden hier deutlich verbindlicher werden als was wir es in der Vergangenheit waren. Hier werden wir der Vorreiter im Kanton sein.

Die Gemeinde hat insbesondere mit dem Grünraum- und Freiraumkonzept sowie mit der Einführung des Labels Grünstadt Schweiz weitreichende Massnahmen in der künftigen Umsetzung, die auch auf die Sicherung und den Erhalt respektive die Förderung der Biodiversität abzielen.

Die Gemeinde hat bereits behördenverbindliche und grundeigentümerverbindliche Instrumente zur Sicherung und Förderung der Biodiversität. Die wertvollsten Biotope werden im Naturschutzinventar geführt und unterliegen einem Pflegekonzept sowie einem Monitoring. Die Gemeinde unternimmt zudem sehr viel für die Biodiversität in der gemeindeinternen Grünflächenpflege. Auf freiwilliger Ebene hat die Gemeinde ein Grünraum- und Freiraumkonzept, welches die Biodiversität mitberücksichtigt. Das Konzept enthält ein Massnahmenpaket für kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen. Mit der Einführung des Labels Grünstadt Schweiz wird die Gemeinde einen nachhaltigen Umgang mit Grünräumen betreiben. Die Biodiversität wird auch dort berücksichtigt.

Ein weiteres Konzept zur Abklärung des Zustandes der Natur in der Gemeinde erscheint dem Gemeinderat deshalb als wenig sinnvoll und zielführend. Es würden zu viele Überschneidungen entstehen, wo das Anliegen bereits in anderen Konzepten zum Tragen kommt.



Es erscheint zielführender, im Rahmen der gemeindeinternen Grünflächenpflege weitere Massnahmen zu entwickeln, wo zu einer Förderung der Biodiversität beitragen (z.B. Zeitpunkt Mähen, weniger Schnitthecken, Neophytenbekämpfung, standortgerechte Bepflanzung, Für das braucht es allen-falls weitere Ressourcen. Dies kann unkonventionell ohne eine umfassende Bestandsaufnahme betreffend der ökologischen Wertigkeit erfolgen. Dazu wird die Gemeinde künftig sämtliche Grünflächen digitalisieren. Eine entsprechende biodiversitätswirksame Pflege der Grünflächen wird damit vereinfacht kontrollierbar. Darauf werden wir auch einen Schwerpunkt in der nächsten Legislatur legen. Vielen Dank.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Ich frage die Interpellanten an, ob er Diskussion verlangen.

ER Dr. Urs Hinnen (Grüne)

Ja, ich verlange Diskussion.

Ich denke es ist schon nicht dasselbe. Es geht nicht darum jetzt ein Konzept zu erstellen. Ich bin auch der Meinung, Konzepte haben wir genug. Es geht um eine Bestandsaufnahme. Das Naturschutzinventar ist ein Inventar einiger Flächen, welche inventarisiert sind, aber es gibt keine generelle Übersicht, in welcher die Grünflächen aufgelistet sind und beschrieben ist, was sie für die Biodiversität bedeuten.

Mit dem Inventar, welches jetzt vorliegt, ist auch nicht möglich die Vernetzung nachzuvollziehen. Diese einzelne Grünflächen sollten irgendwo vernetzt werden, dass ist das Ziel dieser Bestandsaufnahme, welche ich angeregt habe, oder wir beide angeregt haben.

Klar, mittlerweile sind wir Grünstadt, das ist schön, es hat ja auch lange gedauert. Dies war ursprünglich mal ein Vorstoss von mir und ich bin froh, dass es nun geklappt hat. Ich weiss aber nicht, inwieweit es etwas in Bezug zu diesem Anliegen nützen wird.

Ich finde einfach, man müsste einfach noch etwas mehr über die Biodiversität wissen, diese sollte in irgendeiner Form noch besser herausgearbeitet werden. Ich finde es wirklich schade und hoffe, dass es im Rahmen der Grünstadt vielleicht noch möglich ist. Ich finde man sollte das prioritär behandeln.

ER René Sauzet (FDP)

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Gemeinderäte und Einwohnerräte, lieber Roland und Urs

Die Fraktion FDP nimmt zu eurer Interpellation «Abklärung des Zustandes der Natur in der Gemeinde Neuhausen und entsprechende Schutz- und Fördermassnahmen» wie folgt Stellung:

Wir alle haben in dieser Legislatur schon von einigen Projekten erfahren, die von der Gemeinde Neuhausen zur Sicherung und Förderung der Biodiversität umgesetzt wurden.

Es gibt auch bereits sehr weit gehende gesetzliche Erfordernisse, welche durch die Gemeinde aus unserer Sicht, selbstverständlich eingehalten werden.

So werden die wertvollsten Biotope auch im Naturschutzinventar geführt.

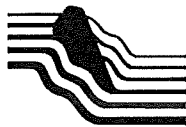
Auch werden in der neuen Bauordnung Massnahmen zur Förderung der Biodiversität aufgeführt. Die Gemeinde hat ja auch ein Grünraum- und Freiraumkonzept, in welchem viele Massnahmen zugunsten der Grünräume umgesetzt werden.

Was uns besonders freut ist, dass die Gemeinde aktuell daran arbeitet eine «Grünstadt» zu werden, auch daraus werden viele Massnahmen zugunsten der Biodiversität entstehen.

Ein weiteres Projekt, wie von den Interpellanten verlangt, ist somit nicht sinnvoll, da zu viele Überschneidungen entstehen werden, die bereits in anderen Konzepten zum Tragen kommen. Die FDP-Fraktion findet diese Interpellation unnötig und empfiehlt dem Gemeinderat und dem Einwohnerrat diese nicht weiter umzusetzen.

ER Arnold Isliker (SVP)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen



Die SVP EDU Fraktion kann sich voll hinter der Meinung der FDP und vor allem den Äusserungen und Darlegung des Gemeindepräsidenten stellen. Ich mache es ganz kurz und sage ihnen Beispiele:

Beim grünen Baum, dort hat die SIG gemeinnützige Stiftung einen Grün- und Freiraum gestaltet, und auch ausgeführt. Auf der anderen Seite haben wir damals seitens Einwohnerrat einem Umbau des Industrieplatzes zugestimmt, welcher den ganzen Platz zugepflastert hat. Abgesehen von ein paar Bauminselfen und der Entwässerung, damit das Wasser absickern kann.

Was mich aber bedenklich stimmt: wenn sie mal durch das Dorf gehen, ist der Wildenhof Platz. Dies ist zwar kein Gemeindegebiet, Er ist jedoch in einem bedenklichen Zustand und ist für einen Ort wie Neuhausen, welcher touristisch auf Vordermann ist, nicht würdig. Ich bitte daher den Gemeinderat mit den entsprechenden Inhabern und Besitzern Kontakt aufzunehmen, damit dieser im nächsten Frühjahr in einem erfreulicheren Zustand ist. Besten Dank.

ER Jakob Walter (parteilos)

Meine Damen und Herren

Den ersten Abschnitt bezüglich Diagnose hätte ich zu 100% unterschrieben. Es sieht weltweit und schweizweit leidlich aus. Was können wir machen?

Ich bin froh, dass ich nicht Naturschutzreferent bin.

Zur letzten Bemerkung meines Vorredners: Ob ein Platz aufgeräumt ist oder nicht, hat soweit ich das sehe, mit dem Zustand der Natur nichts zu tun. Aber hier können wir unterschiedlicher Meinung sein. Ein Grün- und Freiraumkonzept ist eigentlich auf die Bewohnerschaft von Neuhausen ausgerichtet: ein Platz den Rollbrettfahrer lässig finden ist natürlich für die Biodiversität nichts und ein Platz, auf dem die Kinder ihren Ball herum stossen gibt auch nichts her, hier kann man machen, was man will. Aus diesem Grund überrascht es mich überhaupt nicht, dass in diesem Grün- und Freiraumkonzept die Biodiversität zwar erwähnt wird, aber es ist nicht ihr Ziel. Es kann nicht sein, dass hier die Biodiversität an oberster Priorität steht.

Als Naturschutzreferent wüsste ich nicht welche Flächen für die Biodiversität relevant sind, sind diese in Gemeindebesitz oder geht es auch um Private? Auch der Wald gehört zum Teil Privaten und ist nicht in Gemeindebesitz.

Ausserdem wenn wir hier eine umfassende Bestandsaufnahme machen möchten, müssen wir hier schon ziemlich lange darüber reden wie weit soll diese gehen und wo hört sie auf.

ER Dr. Ernst Schläpfer (parteilos)

Geschätzte Anwesende

Ich rede nicht zum Thema aber zur Bemerkung von René Sauzet, welche ich als nicht angebracht finde. Hier wurde eine Interpellation mit einer konkreten Frage eingereicht. Der Gemeindepräsident hat hier völlig korrekt geantwortet, er hat gesagt „Nein wir möchten das nicht“ und hat dies begründet. Die Interpellation ist deswegen aber nicht überflüssig. Das kann es einfach nicht sein. Es ist schlicht und einfach das Recht eines jeden Parlamentariers eine Interpellation einzureichen. Man kann dann die Thematik diskutieren. Wenn die Interpellanten mit der Antwort nicht zufrieden sind, können Sie daraus ein Postulat machen. Aber zu sagen diese sei überflüssig dagegen wehre ich mich.

ER Roland Müller (Grüne)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Der Vorstoss heisst: Abklärung des Zustandes der Natur in der Gemeinde Neuhausen und entsprechenden Schutz- und Fördermassnahmen. Einerseits wurde vorhin erklärt und bereits ein paar Traktanden vorher diskutiert, dass es mir um die genaue Definition von Grün- und Freiflächen sowie was ist Biodiversität geht. Andererseits haben wir ganz klar Artikel 18b Abs. b vom



NHG welches ganz klar vorschreibt, dass wir eine Abgeltung brauchen als ökologischen Ausgleich bei der Verdichtung, welche hier Neuhausen ja sehr stark ist. Der Hintergedanke war also: wo steht die Natur, wird das Ganze wirklich so kompensiert wie es das Bundesgesetz auch vorschreibt. Auch wenn es kantonale noch nicht richtig umgesetzt wurde, heisst das nicht, dass es die Gemeinde nicht besser machen kann.

GR-Präsident Felix Tenger (FDP)

Jetzt meldet sich nochmal der Naturschutzreferent: ich habe es bereits eingangs gesagt, dass wir über 50% unserer Flächen mit Wald bedeckt haben. Dies ist ein extrem hoher Anteil im Vergleich zu anderen Gemeinden und auch in Bezug auf die Biodiversität. Wenn wir jetzt gar nichts mehr machen würden, wäre in 100 bis 200 Jahren das ganze Gebiet wieder mit Wald bedeckt. Wir hätten einen Buchenurwald. Die Natur würde sich also das Gebiet wieder zurück erobern. Die Biodiversität ist uns wichtig, aber natürlich gibt es im Siedlungsraum gewisse Einschränkungen, wie es auch Jakob Walter ausgeführt hat.

In der Siedlung gibt es einen Kompromiss zu finden, einen Ausgleich. In der letzten Zeit hat man sicherlich zu viel versiegelt und es gibt auch Plätze, die wirklich nicht schön sind.

Sie haben den Wildenhof angesprochen hier sind wir mit den Besitzern im Gespräch, aber da es privat ist, ist es nicht so einfach. Aber wenn sie weiterlaufen bis zum Posthof sehen sie, dass wir auch im Kleinen immer wieder etwas machen. Wir sind stetig dran.

Wie gesagt Biodiversität ist uns wichtig, aber wie gesagt Konzepte haben wir genug. Wir sind jetzt an der Umsetzung, diese ist uns wichtiger, um nun Resultate zeigen zu können.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Die Diskussion hat sich erschöpft.

Das Geschäft ist erledigt.

TRAKTANDUM 8

Postulat Nr. 2024.02 von Fabian Bolli vom 16. September 2024 mit Titel «Beitritt zum Regionalen Naturpark auf zweite Betriebsphase prüfen»

Wir an der nächsten Sitzung traktandiert.

Einwohnerratspräsident Randy Ruh (GLP)

Nun komme ich zu meiner Abschiedsrede.

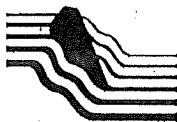
Geschätzte Ratsmitglieder, sehr geehrte Dame und Herren Gemeinderäte, geschätzte Aktuarin, geschätzte Medienleute, liebe Gäste

Vor genau 328 Tagen durfte ich die erste Einwohnerratssitzung dieses Jahres als Präsident eröffnen. Und heute darf ich die letzte Sitzung in diesem Jahr abschliessen. Dabei darf ich auf eine interessante Legislatur des Einwohnerrates zurückschauen. Und ich darf auf ein noch viel spannenderes Jahr 2024 zurückschauen.

Vor wenigen Jahren hätte ich mir nicht vorstellen können, dass ich jemals als Einwohnerratspräsident amtierende werde und als höchster Neuhauser die Sitzungen unseres Parlaments leiten darf. Doch diese Ehre wurde mir bereits im Alter von 26 Jahren ermöglicht.

Wie es halt so ist, wenn man jung in der Politik startet: Man wird immer wieder überrascht. Habe ich mich doch im vorherigen Jahr möglichst sauber auf mein bevorstehendes Amt vorbereitet, war es unvorstellbar, wie viele Fragen innerhalb eines Jahres aufkommen, die einen ins Grübeln bringen. So wurde bereits sehr schnell die Verfassung unserer Gemeinde und die Geschäftsordnung unseres Rates eine Art der Abendlektüre.

Auch wenn es ein turbulentes Jahr war und mich so ziemlich jede Sitzung auf Ihre Art und Weise gefordert hat, möchte ich es nicht missen. Es war eine sehr tolle Erfahrung und eine grosse



Ehre, die ich im letzten Jahr machen durfte und übertragen bekommen habe. Vielen Dank für Ihr Vertrauen – ich hoffe ich habe Sie nicht enttäuscht.

Neben dem "Grundrauschen" des Ratsbetriebs und dem leiten der Einwohnerratssitzungen hatte auch das Einwohnerratsbüro ein intensives Jahr. So wurde zu Beginn viel Arbeit in die Überarbeitung der Geschäftsordnung gesteckt. In diversen Sitzungen wurde stundenlang debattiert und nach sinnvollen Formulierungen gesucht. Auch neben der Geschäftsordnung wurden im Büro viele Themen angegangen und weiterverfolgt. Besten Dank für die geleistete Arbeit. Doch alles kommt irgendwann zu einem Ende. Den letzten Tanz als Einwohnerratspräsident werde ich am nächsten Montag bei der Organisationssitzung absolvieren dürfen. Nun bleibt mir nicht mehr viel übrig als vielen Personen in diesem Raum Danke zu sagen.

Beginnen möchte ich an dieser Stelle mit meiner Fraktion. Besten Dank für die progressive und wertvolle Arbeit in den letzten vier Jahren. Besten Dank Christian für deine Unterstützung als «unser Gemeinderat» in der Vorbereitung auf die Geschäfte. Vielen Dank auch an die FDP-Fraktion, mit welcher wir über die vier Jahre ebenfalls einen tollen und engen Austausch geniessen durften. Ein ganz spezieller Dank geht natürlich auch an meinen Parteikollegen und guten Freund Fabian. Danke dir für den super Einstieg in die Politik, die vielen Stunden fachsimpeln und planen. Etwas mehr was wir gemeinsam erreicht und durchgezogen haben, das ganz sicher nicht in Vergessenheit geraten wird.

Besten Dank auch an das Einwohnerratsbüro, welches sich in den letzten Jahren stark gewandelt hat und effiziente und qualitativ hochwertige Arbeit leistet. Explizit möchte ich mich bei Urs Schüpbach, meinem Vorgänger für die angenehme Zusammenarbeit und die tolle Vorbereitung auf mein Jahr als Präsident sowie unserer Aktuarin Barbara Zanetti für den grossen Einsatz bis teilweise spät in die Nacht und an Wochenenden bedanken.

Zu guter Letzt möchte ich aber auch allen anderen im Raum ein grosses Dankeschön für die insgesamt tolle Zusammenarbeit in den letzten vier Jahren aussprechen. Ich wünsche Ihnen und allen Nachfolgerinnen und Nachfolgern nur das Beste, viel Gesundheit, besinnliche Festtage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und einen tollen Start in die neue Legislatur.

Für mich persönlich gibt es jetzt zuerst einmal eine politische Pause. Das heisst aber nicht, dass Sie mich loswerden. Auch in Form anderer Ämter werde ich mich zukünftig für die Lebensqualität und eine starke grünliberale Politik in Neuhausen einsetzen. Und genau so schnell wie die letzten vier Jahre vergangen sind, werden auch diese vier Jahre vergehen. Ich freue mich Sie alle anschliessend noch bei einem kleinen Apéro im Restaurant Nuevo Sombrero begrüssen zu dürfen und auf die vergangenen vier Jahre anzustossen.

Besten Dank.

Die nächste Sitzung findet am 16. Januar 2025 statt.

Randy Ruh
Präsident

Barbara Zanetti
Aktuarin